

○ **Verfassungsanspruch und
Verfassungswirklichkeit**

○ **Das Machtverhältnis
Staat/Wirtschaft**

○ **Ökonomie für Ökologen**

Felix G. Binn

Sozialökonomische Beiträge

mtg

zeitschrift für sozialökonomie

mensch · technik · gesellschaft

erscheint viermal im Jahr

Herausgeber

Stiftung für persönliche Freiheit und Soziale Sicherheit –
Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts –
in Zusammenarbeit mit der
Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e. V. Hamburg

Redaktion

Elimar Rosenbohm – verantwortlich
Claas-Hermann Jannssen/Ekkehard Lindner
Glockenbrink 87, 4952 Porta Westfalica, Tel. (05 71) 7 27 82

Redaktionsschluß:

Ende des Quartals für die im folgenden Quartal
erscheinende Ausgabe.

mtg-Büro Österreich:

F. Weizenbauer
Carlonegasse 9, A 4020 Linz
07 32-80 16 35

mtg-Büro Schweiz:

H. Hoffmann
Bodenacker 30, CH 3065 Bollingen
031-58 18 88

Unter Mitarbeit von

Prof. Dr. F. G. Binn; Prof. Dr. Achille Dauphin-Meunier,
Frankreich; Prof. Dr. K. Didszun; Dr. Hans Doerner;
Dipl.-Ing. Ernst Dorfner, Österreich; Dipl.-Ing. Hans
Hoffmann, Schweiz; Dr. Gerhardus Lang; Reg. Dir. H. P.
Neumann; Fritz Penserot; Prof. Dr. Joachim Starbatty;
Prof. Dr. Walter Thoms; Dr. A. F. Ventker; Dr. Hans Weit-
kamp; Dr. Ernst Winkler.

Fachverlag für Sozialökonomie

GAUKE GMBH, Tel. 05541-2381,
Postfach 1129, D 3510 Hann. Münden 1

Bezugspreis:

im Jahresabonnement DM 18,—
Einzelheft DM 5,— plus Porto
Jahresbezugspreis für ausländische mtg-Leser
kursentsprechend
Schüler, Auszubildende, Studenten und Erwerbslose
b.a.W. 50% Ermäßigung

Probeheft: DM 2,— in Briefmarken

Druck: Jaensch & Ahrensmeyer,
Gänsekamp 37, 4952 Porta Westfalica

**Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht ver-
bunden.**

**Die Zeitschrift dient dem Meinungs- und wirtschaftlichen
Gesellschaftlichen Zeitfragen.**

**Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selber
verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung der
Redaktion. Für unverlangte Einsendungen wird keine
Haftung übernommen.**

© Copyright by

Sozialwissenschaftliche
Gesellschaft 1950 e. V. Hamburg

**Unsere Zeitschrift erscheint ab 1982 im neu-
gegründeten**

FACHVERLAG FÜR SOZIALÖKONOMIE

GAUKE GMBH

Postfach 1129

3510 Hann. Münden 1

**Alle Anfragen wegen Abonnement, Versand, An-
zeigen und Zahlungen sind nur noch an den Ver-
lag zu richten.**

Die Anschrift der Redaktion bleibt unverändert.

mtg-Redaktion

**Sonderdruck aus
Mensch · Technik · Gesellschaft**

Druck: Max Siemen, Hamburg-Rahlstedt

Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit

Hält das Grundgesetz, was es seit 1949 verspricht?

Anläßlich der Jahresversammlung der SOZIAL-WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFT 1950 eV am 17. Oktober 1981 in Mönchengladbach hielt ihrerster Vorsitzender Prof. Dr. F. G. BINN das Hauptreferat, das wir hier in überarbeiteter Form wiedergeben. mtg-Red.

Übersicht

- 1 Das Grundgesetz (GG) – die beste Verfassung bisher
- 2 Hält das Grundgesetz, was es als Sozialvertrag verspricht?
 - 2.1 Vom magischen Dreieck zum magischen Sechseck
 - 2.2 Selbstverwirklichung bei Arbeitslosigkeit?
 - 2.21 Recht auf Arbeit
 - 2.22 Vollbeschäftigung als Grundrecht
 - 2.23 Wer nicht arbeiten darf, verliert mehr als seine Würde
 - 2.3 Unterscheidung in den Gütern dieser Welt
 - 2.31 Mechanik der Eigentumsmehrung ohne eigene Arbeit
 - 2.32 Geld – ein Gut besonderer Natur
 - 2.321 Sozialpflicht des Geldes?
 - 2.322 Enteignung ohne Entschädigung – ein rechtspraktischer Skandal
 - 2.322.1 Vermögensumschichtung durch Vermögens Einkommen
 - 2.322.2 Vermögensumschichtung durch Geldentwertung
 - 2.322.3 Für und wider den Zins
 - 2.33 LABOREM EXERCENS: Priorität der Arbeit
 - 2.34 Ökonomische Gerechtigkeit und Grundgesetz
 - 2.341 Was bedeutet ökonomische Gerechtigkeit?
 - 2.342 Geld als Instrument ökonomischer (Un)Gerechtigkeit
 - 2.35 Der Boden ist kein privatrechtsfähiges Gut
 - 2.351 Die Grundrente gehört der Allgemeinheit
- 3 „Die Grundlagen der Gesellschaft ändern!“

1 Das Grundgesetz (GG) – die beste Verfassung bisher

„Das Problem der Staatserrichtung ist, so hart wie es auch klingt, selbst einem Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben) auflösbar“
Immanuel KANT: Zum ewigen Frieden, 1795

Dieser Gedanke wird dann sinngemäß fortgeführt, es sei teuflische – und wohl auch menschliche – Natur, sich selbst, wenn Gesetze gemacht würden, davon ausnehmen zu wollen. Die Verfassung müsse aber so eingerichtet sein, daß die gegeneinanderlaufenden Privatgesinnungen im öffentlichen Verhalten zu einem Besten geleitet würden.

An den Anfang meiner Ausführungen stelle ich mich hinter namhafte Staatsrechtler und stelle die These auf: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist in seiner Absicht, die Privatinteressen und das öffentliche Verhalten in Einklang zu bringen, die beste Verfassung, die wir bisher hatten.

In erster Linie ist das Grundgesetz unbestritten in weiten Passagen das Ergebnis langjähriger, leidvoller Geschichtserfahrung, die ja bekanntlich die beste Lehrmeisterin ist.

Wie wohl bekannt, billigt es uns in Art. 1,1 die *Menschenwürde* zu, die als unantastbar erklärt wird. Das heißt soviel wie: Man kann sie uns nicht absprechen, nicht abkaufen. Wir besitzen sie und sie steht uns zu, komme, was da wolle! Sie ist die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit.

Das GG spricht weiterhin von *Grundrechten*, die als bindendes Recht den Staat ohne Einschränkung verpflichten und den einzelnen berechtigen, *sich frei zu entfalten*; (Art. 2,1). Mit dieser Berechtigung untermauert der Art. 2, 1 den *GESELL*'schen Begriff der *Eigenliebe* und grenzt ihn ab gegen den negativen Aspekt der *Selbstsucht*. Die Väter des GG billigen die freie Entfaltung, soweit nicht Rechte anderer verletzt werden (Art. 2,1) oder, wie in Art. 14: wenn es nicht dem Wohl der Allgemeinheit schadet.

Gleich nach der Freiheit der Entfaltung garantiert Art. 3 die *Gleichheit vor dem Gesetz*. Kennen wir keine Stände, kennen wir auch kein Standesrecht! Diesen Punkt haben wir übernommen von der französischen Revolution, in der man die Gleichheit vor dem Gesetz für alle Menschen forderte. Erinnern wir uns stets daran, daß z. B. der *ökonomische Lebensbereich* dazumal nichts mit der Gleichheit zu tun

hatte, so häufig man es auch heute hören kann! Die Freiheit wurde für den *kulturellen Raum* verlangt und eine Reihe von Grundrechten nimmt hierauf Bezug.

Garantiert wird in den Grundrechten die *Freiheit der Berufswahl, des Arbeitsplatzes und der Ausübung des Berufs*.

Denken wir daran, daß das Wort Beruf hergeleitet ist von Berufung, die eng mit den Fähigkeiten, Neigungen und dem Wesensgehalt des Menschen verwoben ist. Insofern steht dieser Art. 12 auch in engem Zusammenhang zur Menschenwürde und zur Selbstverwirklichung der Persönlichkeit, wie man sie in Art. 2,1 versteht. Folgerichtig wird dann auch im Grundgesetz die Zwangsarbeit verurteilt!

Ich will mich hier beschränken auf bestimmte neuralgische Punkte des GG im Rahmen meines speziellen Themas, und übergehe hier weitere Grundrechte; aber alle zusammen bilden sie die Grundpfeiler des demokratischen und sozialen Rechtsstaates lt. Art. 20,1.

Wenn das so ist, darf verständlicherweise auch kein Grundrecht „angetastet“, in „seinem Wesensgehalt“ verletzt werden (Art. 19,2.). Geschieht dies dennoch, steht der Rechtsweg offen, ggf. noch die Petition lt. Art. 17. Bekommt ein moderner Kohlhaas sein Recht immer noch nicht, werden also seine Menschen- und Grundrechte weiterhin mißachtet und damit die Pfeiler des sozialen Rechtsstaates im Fundament gelockert, dann verteidigt er *im grundgesetzlich erlaubten Widerstand* nicht nur seine individuellen Rechte, sondern die Idee und den Bestand des demokratischen und sozialen Rechtsstaates überhaupt.

In Verbindung hiermit dürfte sogar seine persönliche Freiheit unverletzlich sein, denn er *mißbraucht* die Grundrechte ja nicht im Widerstand, Art. 18, sondern er gebraucht sie, damit die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht untergraben werde. „Donnerwetter!“ ist man voll Anerkennung geneigt zu sagen. Was hätten die Völker in früheren Zeiten gegeben, was gäben sie heute auf anderen Längen- und Breitengraden unserer Erde für solch einen Sozialvertrag!

2. Hält das Grundgesetz, was es als Sozialvertrag verspricht?

Aber hält er auch einer näheren Prüfung stand? Können wir davon ausgehen, daß keine Ausnahmen, Fehlentwicklungen, verborgenen Mängel dieses idyllische Bild des echten Humanismus zum Zerrbild werden lassen? Können wir glaubhaft versichern, daß Grundgesetzanspruch und Grundgesetz-Wirklichkeit sich entsprechen?

Drücken wir auf die neuralgischen Punkte. Bekanntlich sind es die Punkte im Organismus, die scheinbar ohne Grund in bestimmten Ausbreitungsgebieten Schmerzen ausstrahlen.

2.1 Vom magischen Dreieck zum magischen Sechseck

Die herrschende Volkswirtschaftslehre stellt die These auf, *ceteris paribus* – unter sonst gleichbleibenden Umständen – sei die Bewältigung der Probleme

- Arbeitslosigkeit
- Inflation/Deflation
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

nicht gleichzeitig zu erreichen. Sie spricht vom „magischen Dreieck“. (Bundeskanzler SCHMIDT vereinfachte, indem er sich äußerte, fünf Prozent Inflation sei ihm lieber, als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.) Je schärfer wirtschaftliche Krisen werden, umso mehr konzentrieren sich die Politiker auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Also vom magischen Drei- zum „Zweieck“, zum magischen Punkt.

Der entstehende Staatsdirigismus und Interventionismus droht aber, die

- Marktwirtschaft zu erwürgen.

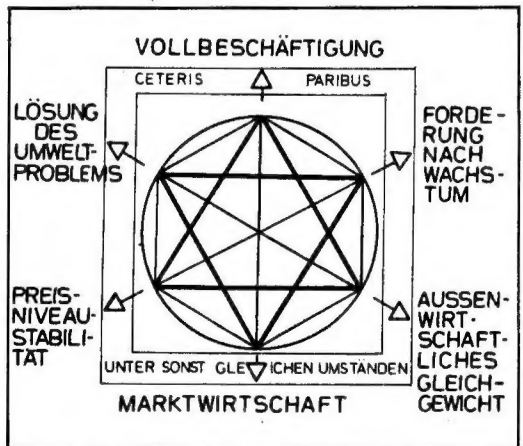
Der kapitalistische Anlagezwang für neugebildetes Kapital stellt gebieterisch die

- Forderung nach Wachstum

auf in einer stets satteren Gesellschaft mit zunehmenden Produktionsschwierigkeiten.

Immer mehr produzierende und konsumierende Menschen mit immer naturwidrigeren Technologien und Stoffen überfordern die Selbstreinigungskraft der Natur in Flüssen, Seen, Ozeanen und Luftschichten. Das

- Umweltproblem bedarf der Lösung.



Magisches Sechseck

Somit steht – simsalabim – statt eines wichtigen Problems die sechsfache Anzahl vor unseren Augen.

2.2 Selbstverwirklichung bei Arbeitslosigkeit?

Einen neuralgischen Punkt außerhalb des magischen Sechsecks haben wir vor uns im Wort „Menschenwürde“. Es kommt einem Axiom gleich, sie jedem von uns ungefragt zuzuschreiben. Allein das Wort „würdelos“ zeigt uns, daß der Mensch die Würde nicht, wie seine Haut, am Leibe trägt. Im Gegensatz zu dieser kann er die Würde verlieren, manchmal ohne sich unwohl zu fühlen, ja, ohne ihr Fehlen zu bemerken! Berücksichtigen wir das, tat man im GG klug daran, uns die Würde kommentarlos zuzusprechen. Es erübrigte sich dann, auf die Frage einzugehen, wie man die Außenbedingungen gestalten muß, die die Würde des Menschen mittragen.

Sehen wir uns um in der Wirklichkeit. Der würdelose Zustand in aller Nacktheit tritt uns in der Arbeitslosigkeit entgegen, sozusagen die Würdelosigkeit in Reinkultur. Die Arbeit verboten zu bekommen, ist von allen Zuständen der Persönlichkeitsentfaltung am meisten hinderlich. Es ist der Zustand, welcher der Freiheit von Berufswahl, Arbeitsplatz und Arbeitsstätte am meisten ins Gesicht schlägt. Erinnert sei an Beruf, Berufung und Selbstverwirklichung. Nach dem Verlust des Arbeitsplatzes ist alles weggefeht: der Stolz auf die berufliche Bildung, auf die eigenen Fähigkeiten und Leistungen, der Stolz auf das Einkommen und die Statussymbole.

Je länger umso deutlicher bleibt das persönliche Nichts zurück, das Nichts im Bekanntenkreis, in der Familie, das Nichts vor sich selbst. Der Arbeitslose ist ausgeschlossen aus dem STEINER'schen „Sozialen Hauptgesetz“, daß jeder jeden braucht! Man hat ihm bescheinigt, daß er nutzlos geworden ist. Wird er zum Trinker oder Fixer, ist auch in fremden Augen die Würdelosigkeit erkennbar.

Ich höre schon den Einwand, kaum einer nage am Hungertuch, teils seien Schwarzarbeiter mit höherem Einkommen als vorher garnicht interessiert an einer Änderung ihrer Lage. Auch sollte man bei 26 Millionen Beschäftigten eine Million Arbeitslose nicht dramatisieren. Das soziale Netz fange sie schon auf.

2.21 Recht auf Arbeit

Dazu Folgendes: Der Hinweis auf die materielle Versorgung trifft nicht den Punkt. In vermindertem Maße können Arbeitslose noch ihrer volkswirtschaftlichen Pflicht Genüge tun, die Läger der Händler zu räumen, also zu konsumieren. Aber für die Produktion sind sie überflüssig. Ihr Selbstwertgefühl leidet Not. Die düsteren Konjunkturvoraussagen töten ihre Hoffnung, daß es besser werde. Angesichts leerer Staatskassen sind sie die vorrangigen Sparopfer,

zusätzlich mindert die Inflation ihre Existenzgrundlage. Es ist auch nicht jedermanns Sache, statt auf eigenen Füßen zu stehen, die widerwillig gegebenen Almosen der Allgemeinheit zusätzlich zu deren Vorurteil zu ertragen: arbeitslos gleich asozial!

Eine unverdiente Interessenlosigkeit bringen wir bislang dem Verbot der Zwangsarbeit im Art. 12 GG entgegen. Wer möchte die Unwürdigkeit der Zwangsarbeit bestreiten? Sie kann natürlich die Menschenwürde zerbrechen! Denken wir aber an die persönlichen Folgen der Arbeitslosigkeit, dann ist *mir* unklar, wo die Würde des Menschen mehr getrampelt wird. Eigentlich müßte die logische Ergänzung zum Verbot der Zwangsarbeit in einem Verfassungsrecht auf Arbeit liegen. Seine Nutzlosigkeit liegt im Ist-Zustand der Gesellschaft jedoch auf der Hand!

2.22 Vollbeschäftigung als Grundrecht

Ich möchte noch den Einwand aus der Statistik „nur“ 1 Mio Arbeitslose aufgreifen. Nach neuesten Schätzungen des Sachverständigenrats in seinem Jahresgutachten 1980/81 werden wir bald mit 1,65 Mio Arbeitslosen zu rechnen haben. Nehmen wir eine Verdoppelung der Kurzarbeiter, die das Damoklesschwert schon hängen sehen, berücksichtigen wir ferner die Familienverhältnisse der Arbeitslosen, dann kommen wir leicht auf ca. 5 Mio Betroffene. Ein beachtlicher Teil Arbeitsloser ist jugendlich, teils mit einem akademischen Beruf. Die Systemkritik von links wird wachsen. Theoretisch wäre schon einer zu viel! Im GG steht ganz präzise: Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ... (Art. 2,1), alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen ... (Art. 12). Dort steht nicht: Wo gehobelt wird, da fallen Späne!

Wenn jeder das Recht auf Berufswahl hat, muß auch jedem das Recht auf Berufsausübung zugestanden werden, und was für einen gilt, gilt für alle.

Unter *diesem* Aspekt finden wir im Grundgesetz die Forderung nach Vollbeschäftigung. Diese ist nach meinem Verständnis dann erreicht, wenn alle die arbeiten wollen und können, dies auch dürfen – unabhängig von den Prozentsätzen, mit denen meine Herren Sachkollegen den „Bodensatz“ der Arbeitslosen schätzen und bei 3% noch von Vollbeschäftigung sprechen. Wir erheben die freie Berufswahl zum Grundrecht, aus dem leicht das Postulat nach Vollbeschäftigung abgeleitet werden kann. In der ökonomischen Wirklichkeit aber haben wir stattdessen eine besondere Art von Berufsverbot für Arbeitslose.

2.23 Wer nicht arbeiten darf, verliert mehr als seine Würde

Im Rahmen der Grundrechte möchte ich noch auf die Gleichheit vor dem Gesetz (3,2) in Verbindung mit der freien Entfaltung der Persönlichkeit (2,1) eingehen.

Drei Bereiche sind denkbar innerhalb unseres Gemeinwesens:

1. Die Entfaltung im rechtlich-politischen Leben der Rechtsgemeinschaft,
2. die Teilhabe am kulturellen Leben als Produzent oder Konsument,
3. die Beteiligung am Wirtschaftsleben als Produzent, Händler oder Verbraucher.

Die natürlichen Voraussetzungen Wille und Fähigkeit gelten in der Rechtsgemeinschaft als Eintrittskarte. Genauso ist es im Kulturbereich. Im Wirtschaftsbe-
reich aber genügen diese natürlichen Voraussetzun-
gen nicht. Wer sich an den Spielregeln ökonomi-
scher Konkurrenz beteiligen will, benötigt die unab-
dingbaren Voraussetzungen Besitz und Eigentum.
Erst dann wird ihm aufgetan, erst dann darf er sich in
Gleichheit vor dem Gesetz entfalten.

„Jedes Unternehmen ist so gut, wie der Mann an der Spitze und *sein Eigenkapital* (Unterstreichung im Original). Der erste sorgt für Schwung, das letztere dafür, daß das Schwungrad angebracht werden kann“... (Wirtschaftsinformationsdienst „basis“ vom Sept. 1981).

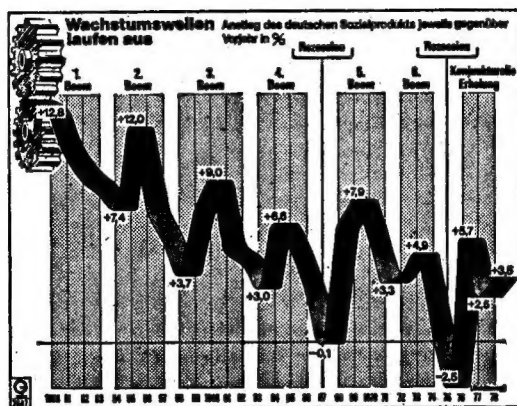
Der offene Zugang zum Markt in Gleichheit ist somit eine Fiktion.

Es ist üblich geworden, bei Arbeitslosigkeit nur an den Arbeitnehmer zu denken. Das immer schlechter werdende Wasser in unserem Gesellschaftsaqua-
rium verschont aber keine Fischart, mag sich auch manche etwas länger scheinbar gesund erhalten.

Bitte, sehen Sie sich die Auftragslage unserer Unter-
nehmen an und setzen Sie sie ins Verhältnis zu den
Konkursen.

Obwohl wir uns in ca. 150 Jahren an Krisen hätten
gewöhnen können, zeigt die stets sinkende Eigenka-
pitalquote deutscher Unternehmen und die stei-
gende Kurve der Gesamtkonkurse und Millionenin-
solvenzen, wie auch hier volkswirtschaftliche Ver-
luste in Milliardenhöhe entstehen (vgl. Bundesbank-
Sonderdruck Nr. 5 und Monatsbericht 10/78). Die
stets geringer anfallenden Wachstumsraten des
Sozialprodukts, zeigen die immer geringeren Spiel-
räume der Wirtschaftssubjekte.

Wie wir wissen, ist die materielle Grundlage nicht nur
die Voraussetzung für das weitere Wirtschaften, sie
ist auch die Bedingung für den weiteren Erwerb irdi-
scher Güter, für die Teilhabe am Wachstum, der heili-
gen Kuh unseres Systems. Ist einer vom Wachstum
ausgeschlossen, dann ist Stillstand tatsächlich
Rückgang, denn nur wer da hat, dem wird gegeben.
Ein Minimum dieser irdischen Güter ist aber auch die
Grundlage für die leibliche Existenz schlechthin, sie
ist der Sockel, auf den man die Würde postieren
kann. Jetzt beißt sich die Katze in den Schwanz: Wer
nicht arbeiten darf, verliert nicht nur den Sockel sei-
ner Würde, er ist auch vom Mehrhaben auf dieser
Welt ausgeschlossen.



Mit Wachstumswellen immer tiefer ins
Rezessionstal

2.3 Unterscheidung in den Gütern dieser Welt

Wenden wir uns denen zu, die „im Lichte stehen“. Ihr
Eigentum verpflichtet sie (Art. 14.2 GG). Es liegt auf
der Hand, daß hiermit nicht Allerweltsgüter gemeint
sein können. Was ergeben sich aus meinem Eigen-
tum an Orientteppichen für soziale Verpflichtungen?
In der Tat, hier taucht ganz verschämt die *Unter-
scheidung in den Gütern dieser Welt* auf, die Silvio
GESELL – etliche Jahrzehnte vor dem GG – erkannte.
Es gibt die *gesellschaftlich harmlosen, aus Arbeit
jederzeit vermehrbaren, verzicht- und ersetzbaren
Güter*, und es gibt solche, *ohne die der Mensch
nicht leben kann*, die zudem nicht in limitierter Auf-
lage existieren. Das sind die *sozial brisanten Güter*.

Eine ausdrückliche Unterscheidung finden wir im
Grundgesetz nicht. Aber das schlechte Gewissen
tritt hervor, wenn man vorsichtshalber pauschal
jedes Eigentum für sozialpflichtig erklärt. Daß eigent-
lich der Grund und Boden gemeint ist, wird erst klar,
wenn wir von der Möglichkeit der Sozialisierung im
Artikel 15 lesen. Wie soll sich auch auf lange Sicht
vertragen, daß jeder den Boden nutzen will, ja nutzen
muß, und dennoch die Rechtsordnung es einigen
wenigen erlaubt, beliebig vielen Grundstücken ihren
Eigentumsstempel aufzudrücken?

2.31 Mechanik der Eigentumsmehrung ohne eigene Arbeit

Es werden ja nicht nur Dritte ausgeschlossen, son-
dern es wird gleichzeitig eine Mechanik der Eigen-
tumsmehrung ohne eigene Arbeit in Gang gesetzt
(z. B. das Fließen der Grundrente! mtg-Red.). Führt
dann das denaturierte Wirtschaftssystem über
Arbeitslosigkeit dazu, daß die in den Miet- und Pacht-
bedingungen enthaltene Mechanik nicht erfüllt wer-
den kann, dann kommt es zu Gewalt und Selbsthilfe,
wie in Berlin, Frankfurt oder Hamburg.

Wiederum müssen wir erkennen, wie elegant sich die Väter des Grundgesetzes aus den gesellschaftlichen Problemen heraushielten, als sie die Artikel 14 f verfaßten, den Sack schlugen und den Esel meinten. Neben der *Sozialpflicht und Sozialisierung* ist natürlich auch denkbar, die Pathologie des Bodenrechts durch eine „korrespondierende Pathologie staatlicher Transferströme auszugleichen“ (SUHR), zu deutsch, staatliche Unterstützung im Namen des Mieters an den Spekulanten zu zahlen.

2.32 Geld – ein Gut besonderer Natur

Wie teuer darf uns noch das Interesse einer Minderheit von Kurzsichtigen und Spekulanten kommen, den bisherigen Zustand beizubehalten? Der Preis für Wohngebäude, 1976 mit dem Index 100 angegeben, lag 10 Jahre vorher noch bei 55, fünf Jahre später, also heute, bei 138.

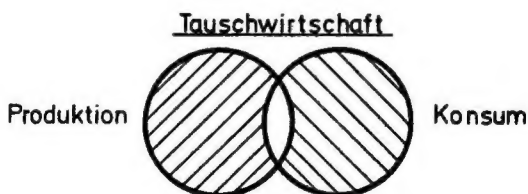
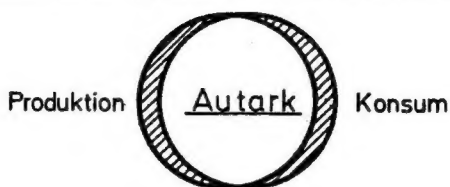
Kein Wort finden wir im Grundgesetz über die Sozialpflichtigkeit der öffentlichen Transporteinrichtungen. Warum auch? werden Sie fragen. Sind nicht Straßen in öffentlicher Hand und gut in Ordnung? Sind nicht Bahn, Post jedem jederzeit zugänglich? Wird nicht sogar der Transport der Gedanken mit der Meinungsfreiheit geschützt? Steht uns nicht die Sprache und ihre Übertragungsmöglichkeit ungehindert zur Verfügung? Alles zugestanden! Diese Transportmittel sind auch nicht gemeint. Ich denke an *das juristisch-besitzrechtliche Transport- und Verkehrsmittel*, welches Waren und Rechte von A nach B schafft, ich denke an *das Geld*!

Wer jetzt zum ersten Mal diesen Gedanken hört, wird verblüfft sein. Er wird leicht einsehen, daß Geld zu den Transportmitteln gerechnet werden kann. Er wird nicht so schnell begreifen, warum man dies ausdrücklich für wichtig hält.

Eine arbeitsteilige Volkswirtschaft ist auf einen dauernden, möglichst gleichen Strom von Gütern und Diensten angewiesen, die erstellt, befördert und verbraucht werden. Wenn hierbei das Geld nicht eng an die Warenströme gekoppelt ist, sozusagen ein Eigenleben ja, einen Herrschaftsbereich beansprucht, kann dies nur zu Lasten der ganzen Volkswirtschaft gehen. Fehlt es z. B. in der Volkswirtschaft an der Investitionskonstanz, so fehlt es um drei Ecken auch an der Beschäftigungskonstanz. Wie sehr davon das Grundgesetz berührt wird, haben wir gehört (s. Ziff. 2.2).

Ich möchte einem Mißverständnis zuvorkommen: Selbstverständlich kann eine Konstanz der Investitionen nur erwartet werden bei Konstanz der Nachfrage. Nachfrage aber wird definiert als „Geld im Umlauf“!

„Der private Verbrauch ist gegenwärtig . . . eine der Schwachstellen der Konjunktur“. (IWD Nr. 24 VI/81)



Zusammenhang zwischen Konsum und Produktion, von der Ur-Wirtschaft zur arbeitsteiligen Geldwirtschaft

Das Transportmittel Geld gehört eingebunden in die Sozialpflichtigkeit des Grundgesetzes, der Boden allein genügt nicht. Keiner kann im Ernst behaupten, das Geld sei im pauschalen Artikel 14,1 doch wohl erfaßt. Geld zusammen mit sauren Heringen und Bügeleisen?

Nein, Geld gehört unabdingbar zu den Gütern besonderer Natur, denn wenn der Geldkreislauf gestört ist, weil sich in ihm Engpässe bilden, weil Geld unkontrolliert zu- oder abfließt, weil der Tauschzweck des Geldes ersetzt wird durch die Spekulations- oder Hortungsabsicht, dann wird der Wille des Grundgesetzes schon gleich zu Beginn durchkreuzt, ohne daß in ca. 150 Artikeln ein Wort darüber verloren wird.

*Das Geld wird billig,
das Geld wird knapp.
Sie machen das ganz nach Bedarf.
Sie schneiden den anderen die Hälse ab.
Geld ist manchmal scharf!
(E. KÄSTNER)*

Einige Daten zur Veranschaulichung eines regellosten Geldkreislaufes:

- Zwischen Hochkonjunktur und Krise schwanken
- pünktliche Zahlungsweise der Unternehmen zwischen Boom 72% und Krise 61%¹⁾
- die Sparquote im Rahmen 12 - 19%

- die Thesaurierung (Hortung), also die Kassenhaltung zwischen 40 und 60% der ausgegebenen Bargeldmenge²⁾
- die Konsumneigung im Indexrahmen 65 und 105³⁾
- die freien Liquiditätsreserven der Banken (die potentiellen Kredite an die Wirtschaft) zwischen 2 und 16 Mrd. DM

2.321 Sozialpflicht des Geldes?

Man sieht, welche Eigensätzlichkeit der Geldbereich als siamesischer Zwilling der Arbeitsteilung sich erlaubt. Diese gerät in demselben Ausmaß in Unordnung, wie über Geld Herrschaftsansprüche realisiert werden. Kein Transportmittel ist für die Volkswirtschaft nötiger als das Geld, und kein Transportmittel wird stärker durch spekulative Interessen zweckentfremdet. Die Sozialpflicht des Geldes gehört ins Grundgesetz!

Neben denen, die im GG zwar geschützt werden sollen – die aber nicht zu schützen sind –, finden wir im Boden- und Geldbereich diejenigen, die im Grundgesetz nicht ausdrücklich erwähnt werden, die aber zwischen die geknüpften Absichtsmaschen schlüpfen und sich unverdiente Vorteile ergattern. Wenn Arbeit und Eigentum in Geld ausgedrückt und durch Geld repräsentiert werden, kann es nicht gleichgültig sein, was man im Laufe der Zeit für die Geldeinheit kaufen kann. Die Kaufkraft der Mark entwickelte sich

- in 100 Jahren von 1870 - 1970 von 100 auf 20 Pfennig
- Die Mark der Währungsreform verlor in ca. 30 Jahren fast 50% ihrer Kaufkraft.
- Der Mark von heute würde es rebus sic stantibus bis zum Jahre 2000 wiederum so ergehen.

Wird hier – wenn schon – etwa enteignet nach den Vorschriften des GG „zum Wohle der Allgemeinheit“? Etwa, um gemeinschaftsschädigendes Sparerverhalten zu strafen? Mitnichten! Wohin kämen die Banken ohne ihre billigste Refinanzierungsquelle: die Sparer? Wohin käme die Volkswirtschaft mit ihrem langsam verschleißenden Produktionsapparat, ohne den Ersatz durch die „Deppen der Nation“? Also: Wir brauchen sie, sie sind nützlich, unentbehrlich. Dann aber erhebt sich die Frage nach der Entschädigung, die ja nach Art. 14,3 GG zu zahlen ist, wenn nach Gesetz enteignet worden ist.

2.322 Enteignung ohne Entschädigung – ein rechtspraktischer Skandal

Wer jetzt mit dem Hinweis kommt, für diese faktische Enteignung gebe es ja kein Gesetz, tappt in die Falle! Dieser Enteignungsvorgang, seit Bestehen der Bundesrepublik praktiziert, ist ein rechtspraktischer Skandal und eine rechtstheoretische Unmöglichkeit: man nennt es nur anders.

KÜNG schreibt dazu:

„Damit offenbart sich freilich, daß der Begriff der Mündelsicherheit unter den heutigen Bedingungen vollkommen irreführend geworden ist. Er entstammt einem Zeitalter, daß noch mit Recht in reinen Nominalwerten dachte und von der Voraussetzung ausging, die Realwerte blieben konstant. Herrscht dem gegenüber die Teuerung (gemeint ist: Geldentwertung; mtg.-Red.) vor, so sind gerade derartige Anlagen in einem materiellen Sinne alles andere als sicher. Sie sind im Gegenteil einem erbarmungslosen Plünderungsprozeß ausgesetzt, der zum Wesen des Rechtsstaates in einem offenkundigen Gegensatz steht. Gemäß einem als selbstverständlich geltenden Rechtssatz wird jede ungerechtfertigte Bereicherung bestraft. Ebenso steht fest, daß eine Enteignung nur beim Vorliegen wichtiger öffentlich rechtlicher Gründe und nur gegen angemessene Entschädigung erfolgen darf.“

Diese beiden tragenden Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung werden jedoch in der Wirklichkeit von heute fortgesetzt und unverkennbar verletzt.¹⁾

Wir hören vom „Nominalwertprinzip“, Mark sei gleich Mark. Wir kommen aber nicht darum herum, die Kröte zu schlucken:

Das Nominalwertprinzip macht jeden Rechtsschutz, den das Grundgesetz bietet, unglaublich.

Welche Instanz bleibt dann noch, wenn einem angerufenen Richter das Unrechtsbewußtsein für seinen Spruch fehlt? Kann man argumentieren, daß nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

- Die Zinsbelastungen durch die Zinsgewinne und die
- Inflationsverluste durch die Inflationserträge kompensiert werden? ²⁾

2.322.1 Vermögensumschichtung durch Vermögensgeseinkommen

Die Vermögensgeseinkommen von 1970-1980 (ohne fiktiven Unternehmerlohn) beliefen sich auf 1492,9 Mrd. DM

Sie können unterteilt werden in Vermögensgeseinkommen aus

Sachvermögen		Geldvermögen
1091,2 Mrd. DM		401,7 Mrd. DM
+ 497,3 Mrd. DM	Inflations- Transfer	- 497,3 Mrd. DM
+ 1588,5 Mrd. DM		- 95,6 Mrd. DM

Reale Aufteilung der Vermögensgeseinkommen von 1970 - 1980

¹⁾ Schimmelpfeng GmbH XII/80

²⁾ H. Hoffmann, Mitgl. der Sozialwiss. Gesellschaft: Die währungs- und wirtschaftspolitischen Einflüsse der Elemente der Geldmenge auf die Stabilität der inneren Kaufkraft des Geldes Hann.-Münden 1978 D. 75

³⁾ If Forschungsstelle f. empir. Sozialökonomie Univ. Köln

⁴⁾ Geschäftsbericht der Dresdner Bank 1976

¹⁾ Emil KÜNG: Begleittext zur Vorlesung „Geld, Kredit, Währung“, 1977, Kap. TX 1. 12. 77

²⁾ Wie im Gutachten der Deutschen Bundesbank vom 22. 9. 1977 für das Bundesverfassungsgericht gem. Monatsbericht der Bundesbank August 1979 S. 20 ff. Siehe hierzu auch Claas Hermann JANNSEN: Immer noch Mark = Mark? - Zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 19. 12. 1978, in dieser Zeitschrift für sozialökonomie - mtg 1980/44/25.

Kann eine Vermögensumschichtung von ca. 50% zu Gunsten des Sachvermögens mit dem Schutz des Eigentums laut Art. 14 GG in Einklang gebracht werden? Auch dann noch, wenn wir sehen, daß sie vollständig zu Lasten des Geldvermögens der Sparer geht?

Die bisherige gesamtwirtschaftliche Betrachtungsweise im Verlauf von 10 Jahren kann – hier auf das Jahr 1980 beschränkt – um den Zinsaspekt erweitert werden. Das Vermögenseinkommen von 1980 (ohne fiktiven Unternehmerlohn) belief sich auf 195,2 Mrd. DM

Es kann unterteilt werden in

Sachvermögen		Geldvermögen	
130,2 Mrd. DM		65 Mrd. DM	
+ 78,9 Mrd. DM	Inflations-transfer ¹⁾	- 78,9 Mrd. DM	
209,1 Mrd. DM	realer Bestand	- 13,9 Mrd. DM	
–	Zinstransfer ²⁾	+ 65,0 Mrd. DM	
209,1 Mrd. DM		+ 51,1 Mrd. DM	

¹⁾ 5,5% von 1.433,3 Mrd. DM.

²⁾ 4,53% Habenzinsen von 1.433,3 Mrd. DM.

Das Sachvermögen stieg durch den Inflationsgewinn bei weitem stärker, als das Geldvermögen durch die Zinsgutschriften.

Die Behauptung, die Inflationsverluste würden durch die Inflationserträge kompensiert, stimmt für den einzelnen nicht. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, tragen ganz verschiedene Bevölkerungsgruppen die Inflationsauswirkungen. Von Garantie des Eigentums (Art. 14.1 GG) kann bei solchen Vermögensverschiebungen nicht die Rede sein.

2.322.2 Vermögensumschichtung durch Geldentwertung

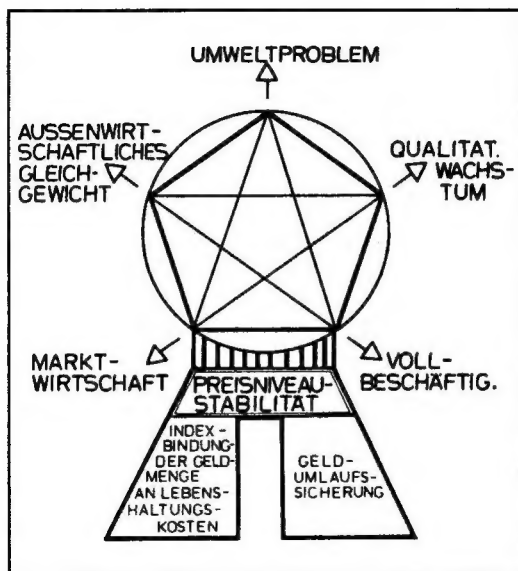
Auch die zweite zu untersuchende Feststellung ist falsch. Die Inflationsauswirkungen werden nicht durch die Zinserträge wettgemacht. Die Ergebnisse werden auch nicht besser, wenn wir sie nicht summarisch quantitativ, sondern individuell qualitativ betrachten.

Zur Verdeutlichung kann man natürlich zunächst behaupten, in einer Gesellschaft werde die Zahl der Dummen durch die der Klugen und die Zahl der Kranken durch die der Gesunden ausgeglichen. Aber auch hier sind ganz verschiedene Personenkreise angesprochen. Es kann ein Mensch sehr wohl dumm und krank gleichzeitig sein. Wie wir die Dinge auch drehen und wenden: Der Artikel 14,1 GG ist eine Deklamation, nicht mehr.

2.322.3 Für und wider den Zins

Wenn man nicht billigt, daß die Zinserträge durch die Inflation aufgezehrt werden, muß das nicht – oder nur

teilweise – eine Parteinahme für die Erscheinung des Zinses bedeuten.



Erreichte Preisniveau-Stabilität nach der Theorie des konsequenten Monetarismus als Basis für eine verstetigende Wirtsch.-Politik

SUHR¹⁾ schreibt, daß „Selbstvermehrung von Grundeigentum durch Zinsen ein verfassungsmäßig schwer zu legitimierender Vorgang“ sei. Dem will ich nicht widersprechen. Dennoch bleibt eine teilweise berechnete Parteinahme, weil wir es mit einem marktwirtschaftlichen Knappheitspreis bei der Kapitalüberlassung zu tun haben. Er signalisiert die Situation bei Angebot und Nachfrage. Insofern ist der Zins einem Thermometer vergleichbar, und wir sprechen in der Theorie in Anlehnung an WICKSELL vom natürlichen Geldzins. Das ist unter der Voraussetzung möglich, daß der Realkapitalzins am Markt (WICKSELL) identisch ist mit dem unmanipulierten, natürlichen Geldzins. Dessen Voraussetzungen wiederum sind „neutrales Geld“ (EUCKEN) und strenge quantitäts-theoretische Kopplung von Produktivitäts- und Geldmengenwachsen bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (Preisniveau-Stabilität nach S. GESELL).

Das „magische Sechseck“ würde sich mit seinen restlichen fünf Problemen auflösen, wenn die Basis geordnet würde (s. Grafik auf der Vorderseite).

In der Wirtschaftspolitik wird dieser Zusammenhang fast völlig überlagert durch den als „ökonomischen Hebel“ dienenden (manipulierten) Marktzins. Er ist

¹⁾ Dieter SUHR: Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht, unveröffentlichtes Manuskript.

weitgehend interessenbeeinflusst und einem Thermostaten vergleichbar. Über ihn sollen am Markt erwünschte Kapitalien gesteuert werden. Er dürfte wohl deswegen vom Anzeiger zum Hebel gemacht worden sein, damit nicht langfristig durch wachsendes Kapitalangebot der Zeiger gegen Null zeigt, womit dann die Zinseinkommen bedeutungslos geworden wären.¹⁾ Ein marktwirtschaftlich denkbare Überangebot an Kapital mit einem natürlichen Geldzins gegen Null bedeutet den schon von Keynes vorausgesagten „sanften Tod des Kapitalrentners“.

Alle Manipulationen, die diesen Prozeß aufzuhalten geeignet sind, indem sie dem natürlichen Geldzins entgegenarbeiten, verdienen keine Parteinahme, keinen Schutz des GG. Die Bereicherung der einen Gruppe ist nur denkbar durch die Ausnutzung der anderen.

R. STEINER spricht von der ursprünglichen Interessengleichheit der Handarbeiter und der geistigen Leiter. Sie könne sich aber „nicht ergeben in einem Wirtschaftsleben, dessen Impuls die Rentabilität des Kapitalbesitzes ist“.²⁾

2.33 LABOREM EXERCENS: Priorität der Arbeit

Papst JOHANNES PAUL II. spricht in der Verlautbarung Laborem Exercens von der „Erniedrigung des Menschen als des Subjekts der Arbeit“ und von der „unerhörten Ausbeutung auf dem Gebiet der Löhne“. Dies alles bezogen auf das vorige Jahrhundert, keinesfalls auf heute; alles bezogen auf das Lohn-Gewinn-Verhältnis, keinesfalls auf das Kapital-Zins-Problem. Auch wenn die Rede ist vom Liberalismus, der „die wirtschaftliche Initiative ausschließlich der Kapitaleigentümer stärkte und sicherte“, ist diese Aussage rückwärts gerichtet.

Bei allen Konflikten zwischen Kapital und Arbeit gilt auch heute noch die Priorität des Kapitals,

„entsprechend der These, die menschliche Arbeit sei lediglich ein Produktionshilfsmittel, das Kapital hingegen sei die Grundlage, der Maßstab und der Zweck der Produktion“.³⁾

Diesen Problembereich hält der heilige Stuhl jedoch heute wohl für befriedet.

Dennoch findet die Auffassung von der Priorität der Arbeit in der Enzyklika eine Stütze. Wir lesen vom „Prinzip des Vorranges der menschlichen Arbeit gegenüber dem Kapital“, was „eine offensichtliche Wahrheit“ sei, die „sich aus der ganzen geschichtlichen Erfahrung der Menschen ergibt“.⁴⁾ Die Frühsozialisten stellten hieran anschließend die Frage nach dem vollen Arbeitsertrag. Nicht nur das GG,

auch die katholische Soziallehre haben das Problem erkannt. Die Klarheit ihrer Lösungsvorstellungen hingegen steht dazu in argem Gegensatz!

Die folgenden Zitate könnten jeden Humanisten begeistern:

„Das Schlüsselproblem der Sozialethik ist aber die Frage des gerechten Lohnes für die geleistete Arbeit“ (S. 42)

„So wird gerade die gerechte Bezahlung jeweils zum Prüfstein für die Gerechtigkeit des gesamten sozio-ökonomischen Systems und für sein gerechtes Funktionieren“ (S. 43)

Möchte dieser Humanist aber auch noch mit Hilfe dieser Zitate von höchster Stelle Idealist im Sinne HEGELS (das Bewußtsein bestimmt das Sein) werden, dann sucht er vergebens nach einer Definition dieser Gerechtigkeit.

2.34 Ökonomische Gerechtigkeit und Grundgesetz

Er wird im Grundgesetz weitersuchen, denn man kann vermuten, daß sich die Autoren in den damals genau 160 Jahre alten Forderungen der Französischen Revolution auskannten. „Freiheit“ im politisch-geistigen Bereich und „Gleichheit“ im juristischen Raum sind übernommen worden, woraus man schließen kann, daß die „Brüderlichkeit“ für den ökonomischen Raum – bewußt? – fallengelassen wurde.

Gleich zu Anfang des GG finden wir im Artikel 1,2 die „Gerechtigkeit“. Sie soll neben dem Frieden auf den Menschenrechten fußen. Mehr finden wir nicht. Außerdem interessiert in unserem Zusammenhang die hier vorwiegend gemeinte juristische Gerechtigkeit nicht so sehr. Das bedeutet wohl die Bestätigung: Die ökonomische Gerechtigkeit ist im GG nicht ansprochen. Im heutigen Ist-Zustand wird sie auch im täglichen Umgang verleugnet oder als utopisch lächerlich gemacht. Wir setzen an ihre Stelle den Mammonismus, den Rentabilitätszwang. Wir ordnen unsere Moral dem Gelde unter.

Wir haben für die ökonomische Gerechtigkeit

- keine Definition,
 - keinen geeichten Maßstab,
 - kein naturrechtliches, regelrechtes Verfahren,
 - keine zweckmäßigen juristischen Institutionen.
- Zu unserer Gewissensberuhigung behaupten wir dann, das sei auch zu viel verlangt.

Wir zahlen für unsere etablierten ökonomischen Privilegien (wörtlich übersetzt: juristisch abgesicherter Raub) mit unserem gesunden Menschenverstand. Der Gerechtigkeitsbegriff in der Wirtschaft wird dem Goldenen Kalb als sacrificium intellectus geopfert. Damit werden in der Tat „die Grundlagen jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens“ und der Menschenwürde „im Wesensgehalt angetastet“. Können wir immer noch glauben, der heutige Istzustand entspräche den edlen Absichten des Gesetzgebers im Grundgesetz?

¹⁾ Hier sind sehr wohl Unterscheidungen am Platze zwischen den Enteignungsverfahren bei kleinen und Ausbeutungsprozessen durch große Kapitalien.

²⁾ BUCHLEITNER/VOGEL: Das soziale Hauptgesetz, aus die Drei, Heft 1/1979, S. 44.

³⁾ JOHANNES PAUL II.: Enzyklika LABOREM EXERCENS, herausgegeben v. Sekr. d. Dt. Bishopskonferenz Bonn 1981, S. 18.

⁴⁾ JOHANNES PAUL II.: a. a. O. S. 26.

Sagen Sie nicht, die oben aufgestellten Forderungen seien verstandesmäßig nicht zu erfüllen. Das Problem liegt nicht im Können, sondern im Wollen! Ich bin bereit, die Definition ökonomischer Gerechtigkeit zu liefern, genauso den geeichten Maßstab, mit dem wir die Gerechtigkeit messen könnten. Auch die Verfahrensweisen werden einleuten; die juristischen Einrichtungen entsprechen den grundgesetzlichen Prinzipien.

2.341 Was bedeutet ökonomische Gerechtigkeit?

Nähern wir uns der Definition schrittweise. *Iustitia in suo cuique tribuendo cernitur* (Die Gerechtigkeit erkennt man daran, daß jedem das Seine zuerteilt wird) schrieb *CICERO*. *ULPIAN* machte diesen Gedanken zu einer Rechtsregel. Offen blieb die Frage: wer bestimmt, wem wieviel zugeteilt wird? Dieses „Jedem das Seine“ lebte fort als Motto für den Preußenorden vom Schwarzen Adler und war ab 1701 der Wahlspruch Preußens.

Der Aspekt des Gebens und Nehmens begegnet uns im *do ut des* der Römer: Ich gebe, damit du gibst! *STEINER* formuliert diesen Gedanken der gegenseitigen arbeitsteiligen Abhängigkeit sehr ausführlich im Sozialen Hauptgesetz. Noch einen Schritt weiter bringt uns der Begriff der *Tauschgerechtigkeit* nach *Silvio GESSELL*, denn hier finden wir neben der Arbeitsteilung den Aspekt der Wettbewerbsgleichheit, beides Elemente der Marktwirtschaft.

Die engste Verknüpfung mit unserer Frage begegnet uns im Mutualismus bei *PROUDHON*: Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit! schreibt er. Zum politischen Programm wurde diese Gegenseitigkeit in der Französischen Revolution, denn die *Égalité* war eine *ökonomische* Brüderlichkeit.

Dieser Vorstellung stehen alle Zentralisierungs- und Monopolisierungsversuche entgegen. „Der Markt ist als Nicht-Organisation die einzige Form menschlicher Kooperation ohne Herrschaft“. (Ekkehard *LINDER*)

Ausgeschlossen sind somit auch alle marktwirtschaftsfeindlichen Praktiken und Monopol-Güter, wie z. B. der Boden.

2.342 Geld als Instrument ökonomischer (Un)Gerechtigkeit

Das Instrument, mit dem wir diese Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben verwirklichen können, ist das Geld. Es ist der Maßstab und das Blut der Wirtschaft gleichzeitig. Es muß in gleichen Abmessungen und in gleichem Fluß zur Verfügung stehen. Es darf nur zu den sozial förderlichen Zwecken

○ Kaufen und Bezahlen,

○ Sparen, Leihen und Verschenken

taugen. Wir fordern mit *Walter EUCKEN* das „neutrale Geld“ mit dienendem Charakter.

Dieser Vorstellung stehen alle nationalen und internationalen Geldwert-Veränderungspraktiken entgegen, soweit sie nicht dem Ziel der Geldwert-Stabilität dienen. Diese ist sozusagen Grundlage für den optimalen Gesundheitszustand des ökonomischen Organismus, der *corpus sanus*, auf dem *mens sana* als kultureller Überbau überhaupt erst gedeihen kann.

Heute ersetzen wir das Gerechtigkeits- und Ordnungsinstrument Geld durch seine Pervertierung in ein Willkür- und Herrschaftsmittel mit Enteignungs- und Ausbeutungscharakter zum Nachteil der Mehrheit und zum Vorteil einer Minderheit. Der Fachmann spricht detailliert, „daß jede Inflation höheren Grades unermessliche Verzerrungen der Nachfrage, der Preise, der Produktion und dadurch letzten Endes gewaltige Kapitalfehlleistungen mit sich bringt“.¹⁾

Jedes Prozent Geldentwertung, jede Veränderung der Lebenshaltungskosten ist ein Verfahrensmangel, ein Regelverstoß, eine Störung ökonomischer Grundbedingungen. Geldstabilität kann über eine Indexbindung der Geldmengenveränderung erreicht werden.

„Auch wenn man weder Deckungsvorschriften noch Noten-Umlaufgrenzen das Wort redet, so muß doch der gegenwärtige Zustand, der der Bundesbankleitung zu viel Spielraum läßt und damit Pressionen aussetzt, als verbesserungsbedürftig und -fähig bezeichnet werden. Zu denken wäre an eine Bestimmung, nach der die Geldmengenausweitung eines Jahres dem Durchschnitt der realen Wachstumsraten in den letzten vier Jahren zu entsprechen hat. Die Geldwertstabilität ist für 60 Millionen Bürger eine zu ernste Sache, als daß sie dem Ermessen einer kleinen Zahl von Amtsträgern überlassen werden darf“.²⁾

Insofern steht bei den Institutionen eine Aufgaben-Neudefinition der Bundesbank zur Diskussion. Aber neben einer mit dem *Lebenshaltungskostenindex* zu eichenden Währung kommen wir kaum aus ohne eine Neugestaltung unseres Bodenrechts.

2.35 Der Boden ist kein privatrechtsfähiges Gut

Unabhängig von den Äußerungen des Grundgesetzes in Art. 15 oder den Äußerungen des Papstes *JOHANNES PAUL II* hat die Freiwirtschaftliche Schule diese Ansicht seit ca. 1900 vertreten. Da aber zweifellos mehr Menschen den Enzykliken vertrauen, mag *LABOREM EXERCENS* sie alle zu Unterstützern für eine Bodenreform werden lassen.

„All das Bemühen des Geistes um die Entdeckung der Schätze der Natur macht uns bewußt, daß alles, was bei der gesamten Wirtschaftproduktion vom Menschen stammt, die Schätze der sichtbaren Welt voraussetzt, die der Mensch vorfindet, nicht schafft. . . . In jeder Phase seiner Arbeit steht der Mensch vor der Tatsache, daß er zuallererst von der Natur . . . beschenkt wird“.

Hier klingt die Problematik des Bodenprivateigentums an. Die katholische Soziallehre „unterscheidet

¹⁾ K. *RICHEBÄCHER*: Währungen und Kreditmärkte. 102, Zürich 1981.

²⁾ A. *WOLL*: Knappes Geld – stabiles Geld, in Nr. 6/81 der Volkswirtschaftlichen Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung München 1981.

sich... vom Programm des Kapitalismus..." in der Auffassung vom Recht auf Eigentum:

„Die christliche Tradition hat dieses Recht nie als absolut und unantastbar betrachtet. Ganz im Gegenteil, sie hat es immer im größeren Rahmen des gemeinsamen Rechtes aller auf die Nutzung der Güter der Schöpfung insgesamt gesehen...“¹⁾

Im Grundgesetz fällt uns die Übereinstimmung in der Grundaussage, aber auch die Verschwommenheit in der praktischen Nutzenanwendung dieser Gedanken auf. Was heißt „Grund und Boden... können... in Gemeineigentum... überführt werden“?

Will man die Ziele im Grundgesetz erreichen, gehört in den Artikel 15 GG der Auftrag, den Mißbrauch eines Naturgeschenkes zu beseitigen.

Ein Gut, welches unvermehrbar, unverzichtbar für alle ist, kann nicht in das Eigentumsrecht integriert werden, wie Häuser, Schuhe oder Dosenbier. Der Boden ist kein privatrechtsfähiges Gut!²⁾

2.351 Die Grundrente gehört der Allgemeinheit

Die heutige Verfassungswirklichkeit führt mit Sicherheit zu weiteren schweren sozialen Störungen. Wollen wir tatsächlich die Wirklichkeit, die das GG fordert, dann gibt es verschiedene Lösungswege.

Auf jeden Fall sollte die sich am Markt ergebene Grundrente (zu der auch die Bodenspekulationsgewinne zu zählen sind) nicht mehr als unverdientes Einkommen Einzelpersonen zufließen; die Grundrente steht allein der Allgemeinheit (Gemeinde oder Land) zu.

Zins und Grundrente werden heute besonders für Mieter – durch einen Dschungel von Transfer-Maßnahmen erträglich gemacht: Sonderabschreibungen und Direktzuschüsse auf der einen, Miet-, Wohnungs- und Feuerungsbeihilfen auf der anderen Seite.

Die Staatsverschuldung ist in aller Munde. Sie ist aber mit einem Pro-Kopf-Anteil von 5400,- DM (200 Mrd. : 37 Mio) relativ gering im Verhältnis zur Pro-Kopf-Mieterverschuldung. Diese beläuft sich mindestens auf 80000,- DM (1200 Mrd. DM : 15 Mio Mieter).³⁾

3 „Die Grundlagen der Gesellschaft ändern!“

Fassen wir zum Schluß das Ergebnis zusammen in den Satz: Das Grundgesetz hat – ähnlich wie die katholische Soziallehre – nicht gehalten, was es versprochen; oder es versprochen, was es nicht halten konnte.

¹⁾ JOHANNES PAUL II.: a. a. O. S. 32.

²⁾ Siehe hierzu auch die Beiträge über Bodenrechtsreform an anderer Stelle in diesem Heft. mtg-Red.

³⁾ vgl. Paul FISCHER, Mitgl. der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, Studie zur Lage am Wohnungsmarkt 1981, Manuskript.

Das gesamte Instrumentarium, mit dem man die Postulate hätte erfüllen können, fehlt. Wenn ein richtiger Kurs anvisiert wurde, dann fehlten Kompass und Steuerruder, und man navigiert nach Gehör. Meistens aber wird der Rat des Großen Krummen aus Peer Gynt befolgt: Geh drum herum! Man möchte zur Entschuldigung LICHTENBERG zitieren, der schon um 1770 in seinen Aphorismen schrieb: Wo früher das Ende der Wissenschaft war, da ist heute die Mitte.

Aber leider Gottes waren wir schon um 1850 in unseren Erkenntnissen weiter, und wo früher das Ende war, scheint heute der Anfang zu sein. Pierre Joseph PROUDHON (1809–1865) formulierte die Problematik zusammenfassend:

„Ich gehe an ein Unternehmen, das seinesgleichen nie hatte und nie haben wird. Ich will die Grundlage der Gesellschaft ändern, will die Achse der Zivilisation an eine andere Stelle rücken.

Dazu ist nur nötig, daß die Beziehungen der Arbeit und des Kapitals dergestalt umgekehrt werden, daß die erste, die immer gehorcht hat, von jetzt an befiehlt, und daß die zweite, die immer befohlen hat, nun gehorcht.

Ich nehme mir also vor – und das werden die unweigerlichen unwiderstehlichen Folgen dieser Umkehrung zweier wirtschaftlicher Ideen sein – eine neue Ordnung zu schaffen,

- wo die Arbeit, die bisher mehr angeboten als begehrt war, in Zukunft mehr begehrt, als angeboten wird;
- wo der Kredit, der sich jetzt (hoch! Red.) bezahlen läßt, anbieten muß und sei es umsonst;
- wo der Markt, der bisher nie genügte, unersättlich sein wird;
- wo die Zirkulation, die ohne Wahl jedes Mal ins Stokken kommt, wenn das zirkulierende Kapital fehlt, eben durch die Unterdrückung dieses Kapitals schneller und üppiger werden wird;
- wo die Arbeitsteilung, die unter der Herrschaft der alten Ökonomie den Arbeiter entnervt, demoralisiert, verdummt, ihm stattdessen dauernd seine Kraft, seinen Verstand und seine Würde heben wird;
- wo die Konkurrenz, die heute an der Unterdrückung des Schwachen schuld ist, seine Kraft und Bürgerschaft sein wird;
- wo die öffentlichen Ämter, die unaufhörlich zu vermehren zum Wesen der alten Gesellschaft gehört, an Zahl immer mehr abnehmen werden“.¹⁾

Mit diesen Zielvorstellungen wären die Autoren des Grundgesetzes zu einer anderen Verfassung und gesellschaftlichen Wirklichkeit gekommen, als wir sie heute zu beklagen haben. Der Weg „Zum ewigen Frieden“ ist für uns 1981 weiter als für Kant 1795.

¹⁾ P. J. PROUDHON: Vol. XVII, S. 11 i. d. Übers. v. G. LANDAUER

Das Machtverhältnis Staat/Wirtschaft

Gezeigt am Beispiel der Energiepolitik in der Bundesrepublik

Wiedergabe eines Vortrags im Rahmen einer Veranstaltung des Arbeitskreises Energiepolitik des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. (in Kiel am 27. November 1980), auf der dieser seine Studie

„Verschwendung von Energie und öffentlichen Mitteln als Folge der Verflechtung von Staat und Energiewirtschaft.“

der Öffentlichkeit übergab. (Die Studie wird Interessenten auf Anforderung zugesandt; ihre Kurzfassung folgt unter „DOKUMENTATION“.)

Dr. BINN ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Niederrhein. Seine Ausführungen sind gleichzeitig eine Mahnung zur – immer intensiver geforderten – Dezentralisierung.

mtg-Red.

die Hütte seines Glücks darauf zu bauen, daß diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will.

Heinrich HEINE

Übersicht

1. Konstruktionsmängel im System
2. Die Grundlagen unseres Zusammenlebens
- 2.1 „Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit“
- 2.2 Die Verteilung der Fähigkeiten
- 2.3 Die Verteilung des Einkommens
- 2.4 Einkommensmaximierungsinstrumente
- 2.4.1 Exponentielles Einkommen als Stufe zur Macht
- 2.4.1.1 Der „Kapitalist“
- 2.4.2 Das Anti-Gossensche-Gesetz
- 2.4.3 Zur Atomenergieszene
- 2.5 Das Kartell von Staat und Wirtschaft
- 2.5.1 Das Drei-Klassenrecht
3. Zusammenfassung und Ausblick
- 3.1 Der liberale Bürger
- 3.2 Der politische Bürger
- 3.2.1 Ausbildung zum politischen Bürger?
- 3.3 Die Scheindemokratie
- 3.4 Abschied von der Raubbaugesellschaft
- 3.5 Ordnung der Basis

Wir haben die Lande gemessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet und siehe:

Wir haben herausgefunden, daß diese Erde groß genug ist, daß sie jedem hinlänglich Raum bietet,

1. Konstruktionsmängel im System

In der energiepolitischen Studie geht es weniger um die Frage nach der Höhe und Notwendigkeit des Steueraufkommens, als vielmehr um die der Steuerverwendung. Zusätzlich wird der Vorwurf massiver gesellschaftspolitischer Sünden in der Vergangenheit erhoben, die in der Zukunft offenbar verstärkt fortgesetzt werden sollen. Die Studie weist nach, daß der Bürger als Steuerzahler und Verbraucher Interessen dient, die nicht ihm dienen. Betrachten Sie bitte diese Studie als Stein – von mir aus des Anstoßes –, der ins Wasser geworfen wird. Ich möchte mich äußern zu den Ringen, die er zieht. Zwangsläufig müssen Pfründen und Filze zur Sprache kommen, über die öffentlich zu sprechen weithin als unfein gilt. Es geht hier aber gar nicht um Fehlverhalten einzelner Personen, sondern um Konstruktionsmängel im System, die das Fehlverhalten erst ermöglichen. „Wehret den Anfängen, zu spät wird bereitet der Heiltrank“ dichtete OVID in „Mittel gegen die Liebe“. Hier muß die Warnung umgedeutet werden auf gesellschaftsschädliche Spielregeln! Das schließt WESTMÄCKERS Feststellung nicht aus:

„Offenbar haben sich alle Beteiligten so gut aufeinander eingerichtet, daß jegliche Änderung als störend empfunden wird.“¹⁾

Die Studie zeigt uns, daß der Bereich des Staates und der Wirtschaft nicht mehr isoliert gesehen werden kann. Seit mehr als hundert Jahren nehmen beide Einfluß aufeinander, teils in Einmütigkeit, teils in Gegensatz. Die Bürgerposition ist auf jeden Fall mehr als schwach, denn wir sind ja inzwischen instruiert worden und glauben es selbst, daß schon alles zum Besten läuft. Dabei können Sie anhand oft offizieller Quellen in der Studie nachlesen, daß die Verschwendung das Individuum trifft als Verbraucher und Steuerzahler. Die Konzentration in Wirtschaft und Staat trifft es als Wähler und Verbraucher liberalen Zuschnitts. Die ökologische Gefahr trifft es als Gattungswesen! Wo, bitte, wollen Sie die Grenze ziehen, wenn das Individuum von Macht bedroht wird?

Einfacher ist es schon, von einem Punkt auszugehen. Für mich ist dieser Punkt das Menschenbild;

den Kontrapunkt bildet die sich aus ihm ergebende Gesellschaft. Jeder der beiden Punkte läßt sich teilen, so daß wir zu einem Viereck gelangen: Steuerzahler, Verbraucher auf der einen, Staat und Wirtschaft auf der anderen Seite. Die demokratische Komponente verlangt als individuellen Gegenpol den Wähler, womit wir beim Sechseck wären. Letztlich steht noch die ökologische Dimension aus, denn nicht wenige meinen, auf dem Energiesektor und in vielen anderen Bereichen schicke sich der Mensch an, nach dem biblischen verbotenen Apfel zu greifen; viele beschwören die Vorstellung vom *GOETHE*-schen Zaubelerhling oder vom Geist in der Flasche aus Tausendundeiner Nacht.

2. Die Grundlagen unseres Zusammenlebens

2.1 „Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit“

Im Mittelpunkt westlichen Denkens steht wohl immer noch als liberales Erbe die Figur des selbstbestimmenden, selbstverantwortlichen und – seit dem Ordoliberalismus – sozialverpflichtetem Individuums. Wir haben es ausgestattet mit Rechten und Pflichten, ihm die Menschenwürde unverzichtbar zuerkannt, ihm Grundrechte verliehen. Sein Eigeninteresse steuert seine Handlungen und im Idealfall auch den sozialen Organismus. „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ schließt den Egozentriker hier ebenso aus, wie den weltfremden Schwärmer. Ursprung des Eigeninteresses ist der Selbsterhaltungstrieb, der zum Überleben zwingt, notfalls auf Kosten und zu Lasten anderer. Er fällt jedoch weg in einer zivilisierten und wohl auch kultivierten Welt. Bleibt aber dennoch dieses archaische „Leben auf Kosten anderer“ bestehen, sprechen wir von Unterdrückung und Ausbeutung. Insofern schrieb *PROUDHON* sehr treffend: „Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit!“ Nachhaltige Verstöße gegen diesen Satz zerstören den Regelkreis des Eigeninteresses und letztlich des liberalen Systems.

2.2 Die Verteilung der Fähigkeiten

Als Gerechtigkeitsminimum muß wohl die These von der Gleichheit der Startchancen aller Menschen angesehen werden. Wollen wir sie messen an der Einkommensstreue in der Bevölkerung! Detaillierte Lorenzkurven gehen hier zu weit und sind auch unnötig. *HOFSTÄTTER* geht pauschal von einer Einkommensstreue zwischen Arm und Reich im Verhältnis 1:100 aus. In einer Leistungsgesellschaft hieße das ja, daß sich die Grundlage unserer Leistungen, die Fähigkeit, zwischen den Dümmden und Klügsten wie 1:100 verhält, und daß so Einkommensunterschiede wie 1:100 entstehen. Das kann nicht im Ernst vertreten werden! *HOFSTÄTTER* selbst

meint dann auch, die „Geschäftstüchtigkeit zwischen den Menschen sei gestreut im Verhältnis 1:4 bis 1:6!“³⁾ Jetzt muß sich doch der Verdacht aufdrängen, wir machten die Einkommen nicht allein von Fähigkeiten abhängig und ein Blick in die Einkunftsarten der Abgabenordnung bestätigt dies. Leistung ist bei uns nicht Arbeitsleistung, sondern persönliche Fähigkeiten und instrumentelle Möglichkeit. Nennen wir das Kind beim Namen: Es sind ökonomische Machtinstrumente, denen wir das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Fähigkeiten verdanken. Welche Ursachen, welche Folgen ergeben sich daraus?

2.3 Die Verteilung des Einkommens

Zur Priorität der Arbeit schrieb David *HUME* schon um 1750:

„Alles auf der Welt entsteht aus Arbeit, und unsere Bedürfnisse sind die einzige Ursache für diese Arbeit“.

Das Arbeitsentgelt als Einkommen ist allenfalls linear steigbar. Aber die zu eben dieser Arbeit nötigen Hilfsmittel führen zu theoretisch unbegrenzten Renteneinkommen, besonders wenn der Zins- und Zinsseszinsmechanismus hinzukommt. Ich meine die Hilfsmittel aus Miet-, Pacht- und Darlehnsvertrag. Das 19. Jahrhundert nannte sie „mühevolle Einkommen“, die auf vor-demokratischen Manipulationen beruhen, die inzwischen Tradition und Gesetz geworden sind. Hier sind weder die Sozialrenten, noch die marktwirtschaftlich begründeten Kapitalrenten gemeint, sondern manipulierte, künstlich hochgehaltene Kapitaleinkommen, von denen *KEYNES* sagte, bei fortwährender ungestörter Arbeit ertränken sie in einem Meer von Kapital! Nichts ist ertrunken, sie schwimmen oben, wie die Fettaugen auf der Suppe. Sie bestimmen als landesüblichen Zinsfuß die Erwartungen der Kapitaleseite, von denen die Unternehmen abhängig sind. H. M. *SCHLEYER* schrieb dazu:

„Jedes Kapital . . . muß bedient werden, weil es andernfalls nicht bereitgestellt wird. Eine Kapitalbedienung setzt ihrerseits voraus, daß es dem Unternehmen gelingt . . . einen angemessenen Preis zu erzielen. Der Gewinn ist . . . die einzig mögliche Quelle zur Befriedigung des . . . Kapitals.“⁴⁾

Daraus können wir kurzschließen: Kein angemessener Zins, kein Kapitalangebot, keine Arbeitsmöglichkeit, unabhängig von den Bedürfnissen! Wo bleibt die Priorität der Arbeit nach *HUME*? Wo bleibt die Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit, von der die Gewerkschaften schwärmen?

2.4 Einkommensmaximierungsinstrumente

Mit der Struktur der heutigen Großunternehmen ist ein weiteres Einkommens-Maximierungs-Instrument geschaffen. Sie sind die Kapitalvermehrungsanstalten. H. FORD nennt sie die „Geldheckmaschinen“, deren besonders im internationalen Recht unbegrenzte Größe nahtlos harmonisiert mit der technischen Gigantomanie. Kapitaleigner sind jedoch nicht allein auf Unternehmen angewiesen. *RICHEBÄCHER* beschreibt wieso:

„Letztlich orientiert man sich an Realzinsen, und Jahrelang dürften diejenigen, die sich mit den niedrigen Zinsen der harten Währungen begnügt haben, reichliche laufende Aufwertungsgewinne einheimsen. Daß Geldwertstabilität nichts mehr zählt und alles den Währungen mit den höchsten Inflationsraten nachläuft, bei denen die höchsten Nominalzinsen zu ergattern sind, das ist etwas kardinal Neues, das Erklärung verlangt. In totaler Mißachtung der einstigen goldenen Regel, nach der geringe Inflationsraten sich in zukünftigen Währungsgewinnen auszahlen, drängt das Geld wie wild ausgerechnet in die Hochinflationsländer und schlägt dabei sogar zwei Fliegen mit einer Klappe: Je mehr sie sich an der Hochzinsjagd . . . beteiligen, desto stärker treiben sie alle zusammen noch deren Wechselkurse ohne Rücksicht auf Inflationsraten in die Höhe, sodaß zusätzlich zum Zinsgewinn auch noch große Währungsgewinne gemacht werden. Das beste Geschäft das es je gab.“⁵⁾

Später kommt dann auch die Rechnung für die Zeche. Sie wird allerdings von anderer Seite beglichen.

„Unter diesen Umständen ist harte und härteste Geldpolitik für die Bundesrepublik der einzige Weg . . . , wenngleich einige Zweifel darüber berechtigt sind, ob den meisten auch die unübersehbaren konjunkturellen Risiken bewußt sind . . . “⁶⁾

Mir scheinen Zweifel darüber berechtigt zu sein, ob dieses Fachchinesisch überall verstanden wird, z. B. bei den Gewerkschaften, den Unternehmern, den Parteien. „Härteste Geldpolitik bedeutet weiterhin hohe, ja höchste Zinsen mit abnehmender Investitionsneigung der Unternehmer, sinkender Konsumneigung der Verbraucher, geringeren Staatseinnahmen und über Arbeitslose höhere Ausgaben, grundsätzlich zu Lasten der Erwerbsbevölkerung, aber zum Nutz und Frommen von Währungsexperten. „Das beste Geschäft, das es je gab“ auf der einen, ökonomische und dann auch politische Unstabilität auf der andern Seite.

Den Manipulationsvorteilen der Großen stehen die Manipulationsnachteile der Kleinen gegenüber. Wo keine angemessene Kapitalversinsung, dort keine

Arbeit; wo Devisenspekulationsströme, dort Krisengefahr. Wo aber noch Ersparnisse, dort droht ihre Auszehrung über Inflation und spekulationsbedingte hohe Miet- und Grundstückspreise. So ergibt das eine das andere. Als Ursachen zwischen Geschäftstüchtigkeit und Einkommen können wir nunmehr festhalten:

- Renteneinkommen aus Kapitalüberlassung
- Zins- und Währungsgewinne aus Devisenspekulation
- der überall integrierte Zinsmechanismus
- als Mittel zum Zweck großtechnisch-oligopolistische Unternehmen

Dabei ist zu bedenken, daß hohe Einkommen *hier* nur denkbar sind über verminderte Einkommen *dort*!

H. HEINE dichtete dazu:

Hast Du viel, wirst Du noch mehr
hinzubekommen!

Hast Du wenig, wird Dir das Wenige noch
genommen!

Hast Du aber nichts, Du Schuft,
dann laß Dich nur begraben!

Recht zum Leben haben nur die, die was haben!

2.41 Exponentielles Einkommen als Stufe zur Macht

Lägen sie nur im Wohlleben ihrer Bezieher, wären sie kein gesellschaftspolitisches Ärgernis mit weiten Folgen. Der Geldheck-Automatismus funktioniert einkommenspolarisierend: hier immer weniger, dort immer mehr. Steigende Einkommen sind harmlos in der Hand cleverer Dummköpfe, die nur Prachtbauten und anderen Geltungsaufwand im Sinn haben. Zum Problem werden exponentielle Einkommen bei machtlüsternen Egozentrikern. Für sie ist das die Stufe zur Macht, ganz besonders, weil neugebildetes Kapital wieder Anlage suchen muß nach genau denselben Spielregeln, denen es seine eigene Existenz verdankt. SPENGLER schreibt dazu:

„Große geschäftliche Erfolge wecken ein schrankenloses Gefühl öffentlicher Macht.“⁷⁾

Er fährt fort, erst, wenn man „die bloße Anhäufung von Besitz hinter sich gelassen“ habe, bestehe die Möglichkeit, daß aus einem Geschäftsmann ein Mächtiger werde. Er „will herrschen, der Geschäftsmann will nur reich sein.“ Ausgestattet mit denselben Machtinstrumenten, aus derselben Mentalität heraus agieren und reagieren tausend Kapitalisten, wie ein einziger.

2.411 Der „Kapitalist“

Gestatten Sie mir kurz einen Einschub. Manchem mag sich seit geraumer Zeit das Nackenfell sträuben. Jetzt ist auch noch das Wort „Kapitalist“ gefallen. Meine Frau hat mich dringend gebeten, es wegzulassen oder zu umschreiben, weil es seit

MARX so belastet ist. Beides geht im Rahmen dieses Themas nicht. Wenn Sie mich in die rote Ecke stellen wollen, bedenken Sie bitte, daß nicht jeder Kritiker die Revolution, die Abrichtung und Gleichmachung der Menschen will, oder die Zentralverwaltungswirtschaft vorzieht gegenüber der Marktwirtschaft. Nicht jeder möchte den Unternehmer durch den Funktöner ersetzen.

Auf der anderen Seite möchte auch nicht jeder mühelose Einkommen als Störfaktoren unseres Systems festigen helfen, sozial untragbare Prozesse fördern, wie Inflation, Bodenwucher oder Entmündigung des Individuums durch Staat und Wirtschaft. Soweit einige Positionslichter an vielleicht ungewohnter Stelle.

Der hier gemeinte Kapitalist ist anders als bei **MARX** der Bezieher müheloser Einkommen letztlich auf Kosten der mühsam erarbeiteten. Mit dem Ausbau, der Legalisierung und Verschleierung von Machtpositionen haben sich die Kapitalisten der letzten 5000 Jahre ⁸⁾ zumindest ebenso viel Anstrengungen des Geistes auferlegt, wie sie ihren Sklaven, Leibeigenen, Proleten und Währungsofem an Anstrengungen des Körpers und der Seele zugemutet haben. Kapitalist, Investor und Spekulant decken sich nicht, sondern sind nach Art Olympischer Ringe miteinander verflochten. Ihr Interesse ist die System-Unordnung, das Dauerwachstum und der – notfalls – erzwungene Dauerkonsum als Mittel zum Zweck. Zumindest im Konsum entstehen jedoch natürliche Hemmnisse.

2.42 Das Anti-Gossensche-Gesetz

Bei Dauerkonsum immer desselben Gutes empfindet der Mensch immer weniger den damit verbundenen Nutzen, aber immer mehr den Widerwillen. Auch der Gesamtkonsum unterliegt diesem in der Volkswirtschaftslehre so genannten Gossenschen Gesetz. Eine wohlhabende Gesellschaft mit ihren Sättigungserscheinungen ist daher ein schwieriger Absatzmarkt, eine stets dünner sprudelnde Renditequelle (unter der *ceteris-paribus*-Klausel). Letztlich unterliegen alle Dinge, sogar das Geld, diesem Gesetz der abnehmenden Reize. Geld aber als Vorstufe zur Macht, ganz besonders aber die Macht selbst, unterliegen ihm nicht, im Gegenteil, man könnte von einem bislang unbekannten Gesetz der zunehmenden Reize sprechen.

Neben der Sättigung trägt noch das veränderte Konsumbewußtsein zur Absatzminderung bei. Vielfältige und nutzlose Dinge werden nicht länger als Persönlichkeitersatz gewertet. Distanz zur Reklame, kritisches Umweltbewußtsein und Rohstoffverteuerung sind Gefahren für das Dauerwachstum, ohne welches Kapitaleinkommen aber nicht garantiert steigerungsfähig, wachsende Macht nur schwer denkbar ist.

Rentabilität als Spiegel ursprünglicher Verbraucherwünsche nach marktwirtschaftlichen Spielregeln ist problemlos. Bedenken wir aber, daß von der Planung bis zur Reife von Großinvestitionen oft mehrere Jahre vergehen können, dann kann zwischenzeitlich das früher vorhandene, vermutete oder berechnete Verbraucherinteresse wegfallen, oder, wie bei der Atomindustrie, zumindest zweifelhaft sein.

2.43 Zur Atomenergieszene

Max **WEBER** definiert Macht als „Einflußnahme auf den Willen anderer“. Verständlicherweise können ungenehmigte Konsumänderungen, wenn sie die Macht gefährden, nicht hingenommen werden. Ab hier beginnt die Eigendynamik des Rentabilitätsgesetzes, seine Wandlung zum Rentabilitätsdiktat. Wie die Atomenergieszene zeigt, ist kein Mittel zu unheilig, die geänderte Verbraucher-, ja, Bürgereinstellung zu korrigieren. Mit Angstpropaganda wurden Parteien und Gewerkschaften zum zweiten Nachdenken veranlaßt; Konsumenten fürchten, die Lichter gingen aus, Arbeiter bangen um ihren Arbeitsplatz. So versucht man, den drohenden Verlust der Rendite, die Totalabschreibung der Investitionsbeträge zu verhindern.

SPENGLER schreibt dazu:

„Man versucht, ... Leserscharen unter die eigene Gedankenwelt zu bringen. Hier erfahren sie nur noch, was sie wissen sollen, und ein höherer Wille gestaltet das Bild ihrer Welt ... Man peitscht ihre Geister auf durch Artikel, Telegramme und Bilder, bis sie Waffen fordern und ihre Führer zu einem Kampf zwingen, zu dem diese gezwungen sein wollten.“

Mir scheint dennoch, wir erleben das Rückzugsgefecht der „Wirklinge“ gegen die „Merklinge“, wie **VON UEXKÜLL** sie in anderem Zusammenhang nennt. Es ist der Stellungskrieg der „Expertokraten“, wie **SCHELSKY** sie nennt, die Zu-Arbeiter dieses finalen Denkens, das Rentabilitätsziel zu erreichen, koste es, was es wolle. Alle diese Anstrengungen werden unternommen, trotz

- der drohenden Uran-Rohstoff-Abhängigkeit,
- des Betreibungsrisikos der Atomkraftwerke,
- des Lagerisikos der Brennstoffe,
- des Terroristenrisikos,
- des horrenden Preises der Atomenergie bei Totalkostenerfassung,
- des Mißbrauchs der Natur als Rentabilitätskomponente,
- und trotz des Nachweises, daß wir z.B. 1976 von 82 Gigawatt Gesamtkapazität aller Kraftwerke nur etwas mehr als die Hälfte (46 GW) benötigt haben. Bei einer Reserve von 20–25% wären es 57 GW gewesen. ⁹⁾

All diese Dinge könnten wir akzeptieren, wenn es sonst keine Möglichkeit gäbe. Aber die Studie zeigt Ihnen zur Genüge, daß sogar in der Energiewirtschaft, die sich immer auf ihr naturgesetzliches Monopol beruft, Dezentralisation und Konkurrenz denkbar sind. In der uns umgebenden Wirklichkeit kann man getrost von der „Umkehrung der Zweck-Mittel-Relation“¹⁰⁾ sprechen, wonach der Mensch nicht mehr arbeitet, um zu leben (HUME), sondern lebt, um zu arbeiten, pflichtgemäß die Mühlen der Wirtschaft zu treiben und seine eigene Entmündigung ebenso.

2.5 Das Machtkartell von Staat und Wirtschaft

Aus liberalem Mißtrauen gegen ökonomische Macht, die sich in der ersten industriellen Revolution andeutete, wurde zugleich in einer Art absolutistischem Fürsorgedenken für die sichere Energieversorgung der Bürger die Staatsaufsicht über Energieversorgungsunternehmen geschaffen. Die heute präsentierte Studie zeigt die unheilige Allianz, die daraus entstanden ist.

„Fast alle Unternehmen der Atomwirtschaft sind Gemeinschaftsunternehmen (getragen von Staat und Privatwirtschaft). Unter ihren Müttern sind neben Unternehmen der Elektroindustrie (SIEMENS) und ausländischen Reaktoraniern, Chemiekonzernen (HOECHST/BAYER) vor allem Energiekonzerne – VEBA, RUHRKOHLE/STEAG, RWE und indirekt auch die internationalen Ölgesellschaften GULF OIL und ROYAL DUTCH SHELL – anzutreffen.“¹¹⁾

Die zwei prinzipiell vom Bürger abhängigen Machtinstanzen haben ein Machtkartell zu seinen Lasten und auf seine Kosten abgeschlossen. Inwieweit hier sozialistische Vorstellungen eine Rolle spielen, der Staat müsse die Privatwirtschaft durch seinen Einfluß korrigieren, will ich nicht untersuchen. Wir verkalkulierten uns, als wir meinten, der natürliche Gegner eines Mächtigen sei ein anderer Mächtiger. Die Gemeinschaftsunternehmen schröpfen den sparsamen Verbraucher und über Staatssubventionen den Steuerzahler.

„Im Energiesparprogramm der Bundesregierung haben Energiesparen und alternative Energien ... absoluten Vorrang vor der Nutzung der Kernenergie“, aber „Großunternehmen kassierten 1977 rd. 90% der gesamten Forschungsbeihilfen.“¹²⁾

Erinnern wir uns an den Anfang: Aus Fürsorgedenken und Mißtrauen wuchs die Staatskontrolle bei den EVU zur Symbiose der Gemeinschaftsunternehmen. Aus Angst vor dem Mißbrauch des Herrschaftsinstrumentes Datentechnik sind wir dabei, den Staat mit Datenschutz im Sinne der Bürgerfürsorge zu betrauen! Denken Sie auch an ORWELL „1984“?

Staats- und Kapitalinteressen haben den Bürger, Steuerzahler und Wähler manipuliert in einem Ausmaße, daß den Vätern des Liberalismus und der Marktwirtschaft nur grausen könnte. Bei SPENGLER finden wir schon vor ca. 50 Jahren:

„Der Wille zur Macht in rein demokratischer Verkleidung hat sein Meisterstück damit vollendet, daß dem Freiheitsgefühl der Objekte sogar noch geschmeichelt wird mit der vollkommensten Knechtung, die es je gab.“

Diese Abhängigkeit zu durchschauen und Lebenshilfe für die junge Generation schon in der Grundschule zu geben, ist die Aufgabe der Gegenwart. In der Schule wachsen die jungen Demokraten. Von ihnen hängt die Demokratie ab, nicht von der Gerissenheit ihrer Politiker!

2.51 Das Drei-Klassenrecht

Um auch ihnen die Arbeit zu erleichtern, wage ich zur Diskussion zu stellen das Dreiklassenwahlrecht, wobei der Absolvent der Hauptschule eine Stimme, der Abiturient zwei und der Hochschulabsolvent drei Stimmen erhält. Dies geht jedoch nur, wenn wir in allen Schulen einen systematischen Staatsbürgerunterricht aufbauen. Wer als Hauptschüler mit einer Stimme nicht zufrieden ist, mag in die Volkshochschule gehen und Zertifikatskurse besuchen, bis er auch drei Stimmen hat. Von da ab sind dem Politiker auch Apelle an die Wählerversunft möglich, die heute zu seiner garantierten Abwahl führen.

3. Zusammenfassung und Ausblick

Das System, indem wir leben, kann unterteilt werden in die Ebene des Individuums, der Politik, der Ökonomie und der Ökologie.

3.1 Der liberale Bürger

Ausgangspunkt unserer Betrachtung war der individualistische Mensch liberaler Grundhaltung, heute noch vorhanden in der Forderung nach dem mündigen Bürger. Er akzeptierte die soziale Verantwortung und brauchte den KANT'schen kategorischen Imperativ nicht zu scheuen, weil er seine eigene Freiheit dort enden ließ, wo die berechtigten Interessen aller anderen Freiheiten anfangen. Er machte sich seine Meinung noch selbst und bildete sie aus der Vielfalt der Berichterstattung.

„Der liberale Bürgersinn ist stolz auf die Abschaffung der Zensur“

meinte SPENGLER. Aber auch das fiel dem Rentabilitätsdiktat zum Opfer, Machtballung auch hier. SPENGLER spricht von der „Sklavenschar der Leser unter der Peitsche der Leitartikel des Pressedikators.“

„Der Leser weiß nichts mehr von dem, was man mit ihm vorhat, und er soll es auch nicht“.

Fällt sie Ihnen auf, die Sünde wider den Geist der Dezentralisation? Die Presse wird zum Machtinstrument gegen den liberalen Bürgersinn.

3.2 Der politische Bürger

Jetzt wird der politische Mensch angesprochen, dessen Stellenwert deutlich wird an den Geschenken vor und den Einsparungen nach der Wahl, an den Spardeklamationen und den Atomwirtschaftssubventionen der Regierung. Das Schlagwort von der Scheindemokratie gewinnt Gestalt durch Ämterhäufung und wiederholte Wiederwahl immer derselben Kandidaten, getreues Spiegelbild der „Einstimmendemokraten“, deren Staatsverdrossenheit sich dann auch grundsätzlich an den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA zeigt: 50% der Wähler wählten mit 50% der Stimmen ihren Präsidenten! Letztlich also ca. 25%! Auch bei uns ist die Vierte Partei der Nichtwähler längst über der 5%-Mauer, was ja noch nicht so schlimm ist; aber sie wird wachsen!

3.21 Ausbildung zum politischen Bürger

Wenn wir mit unseren Freiheitsvorstellungen, die letztlich auf Dezentralisation und Wettbewerb beruhen, ernst machen wollen, gehören Kenntnisse über das Grundgesetz, über die Demokratie, über Staatsaufgaben, über die Rolle der Wirtschaft und über das Diktat der Ökologie schon in die Grundschulen. Aber 1. sind diese Staatsmonopol – fällt sie Ihnen auf, die Sünde wider den Geist der Dezentralisation? – 2. schlagen wir dort die Zeit tot mit idiotischer Rechtschreibung, Wurzelziehen und der Wellennatur des Lichtes, um nur einige Beispiele für „Lebenshilfen“ zu geben. Ich meine, Wettbewerb des privaten Schulwesens gegenüber dem staatlichen wäre eine Lösung. Sie entspräche der freien Schulwahl von Eltern, Schülern und Lehrern; sie würden frischen Wind bringen. Getrost können wir dem Staat die Oberaufsicht über seine eigenen Belange lassen. Wir wollen sie aber auch über unsere! Wollen wir aber der Schule neue Ziele geben, bedarf es der besseren Auslese der Lehrer, besserer Schulung und hervorragender Besoldung. Wer mit Erdnüssen zählt, muß mit Affen vorlieb nehmen!

Die Schule ist so gut, wie der Wettbewerb und die Dezentralisation dort. Die Demokratie so gut, wie ihre Demokraten und deren Einsicht in die Zusammenhänge. Die Marktwirtschaft ist so gut, wie die Verbraucher, und nicht so gut, wie die Reklame.

3.3 Die Scheindemokratie

Nicht nur in der Schule beweist der Staat seine Unfähigkeit.

Das Wort von der Scheindemokratie ist eine weitere Schelte. Wir hätten uns den Weg vom Absolutismus in den Liberalismus sparen können, wenn wir doch wieder zu Erbhöfen der Macht kommen. Wir hätten uns den Weg über die Dreiteilung der Gewalten sparen können, wenn wir sie heute zu zwei reduziert haben und durch Staatswirtschaft noch weiter vermindern.

In Wirtschaftsunternehmen ist dieses Prinzip (der Dezentralisierung, oder besser vielleicht, die Anerkennung der Autonomie dezentraler Einheiten) schon seit einiger Zeit anerkannt. In der politischen Organisation hallt noch immer jene absurde Verwaltungsreform nach, die in den letzten Jahrzehnten Tausende von Ortsnamen von der Landkarte Europas weggeschwemmt hat.

Abbau von Staatstätigkeit und Dezentralisierung sind der Rahmen, innerhalb dessen Initiative und Wandel möglich werden.

Ralf DAHRENDORF

in „Die Chance der Zukunft“, Wirtschaftswoche 1981/1-2/36.

Unsere Potentaten sind dabei, ihre eigene Machtmaximierung zu betreiben. Fällt er Ihnen auf, der Sündenfall gegen die Idee der Dezentralisierung? Schon LUTHER schrieb:

„Ich mache mir nichts aus einem Mann von Geist, wenn er nicht auch zugleich ein redlicher Mann ist. Nicht über Menschen, sondern über Säue und Hunde sollten solche Leute regieren, die nicht mehr als den eigenen Nutzen im Regiment sehen.“

Angenommen – der Staat wollte ehemals und heute die Belange seiner Bürger schützen, so ist seine Kontrolle dort ein Trauerspiel, wo sie angebracht wäre. Trotz steigender Beamtenzahlen und größerer Flut von Gesetzen, Erlassen und Verordnungen müssen wir uns begnügen mit

- dem zahnlosen Kläffer der Rechnungshöfe, die feststellen, aber ohne Sanktionsgewalt,
- dem Milchgebiss des Bundeskartellamtes, welches nur selten den Auftrag zum Schutz der Marktwirtschaft erfüllen kann,
- dem polit-ökonomischen Interessenfilz in der gesamten Gesellschaft zu Lasten des Bürgers als Verbraucher und Steuerzahler.

Wäre wenigstens der staatliche Dirigismus geeignet, die Fehlentwicklungen zu korrigieren! Was bleibt uns stattdessen?

- Ein kärglicher Rest von Geldwertstabilität, der uns mit 20 Pfennig von der Mark vor 100 Jahren und mit 40 Pfennig von der Mark der letzten Währungsreform geblieben ist;
- Ein ähnlich klägliches Rest an Einkommen, der von einer Mark durchschnittlich bleibt, wenn 37 Pfennig Steuern abgezogen wurden, oder aber von der nächsten zusätzlich verdienten Mark weniger als 50 Pfennig übrig läßt;
- Ein Sozialprodukt, welches seit Bestehen der Bundesrepublik immer weniger bis hin zum schönen Wort „Null-Wachstum“ wächst, in dem aber der Staatsanteil immer mehr bis jetzt zu stolzen 47% gestiegen ist!
- Bleibt uns etwa noch der Trost, erfahrungsgemäß gehe es im Konjunkturtief alle 4–7 Jahre wieder bergauf, schließlich habe die Weimarer Republik 6 Millionen Arbeitslose gehabt und wir nur eine? Ich kann nur dagegenhalten: Die aber schon seit 5 Jahren mit guten Aussichten auf Steigerung!

Dieses ganze Desaster wird dann dem Individualismus, dem Liberalismus und der Marktwirtschaft zugeschrieben. Wäre das nachweislich wahr, würde mich nichts davon abhalten, diese Begriffe genauso kritisch abzuhandeln, wie die kapitalistischen Rechtsaltertümer mit ihren vor-demokratischen Einkommens- und Machtpositionen. Sie sind es, die zu einer stets größeren und unerwünschten Einkommenspolarisierung führen, die wir in einer Demokratie nicht verkraften können, es sei denn, wir neutralisieren ihre Schäden durch ein Netz sozialer Sicherungen und Wohltaten. Leicht tut man in landesväterlicher Fürsorge um die Quantität der Wähler des Guten zu viel, besonders, wenn das Füllhorn der Marktwirtschaft in der Wirtschaftskrise zu versiegen scheint. So erleben wir eine Inflation sozialer Ansprüche und auch der Faulste glaubte an ein Grundrecht auf Wohlstand. Kein Wunder, daß Eigeninitiative und Selbstverantwortung hintangestellt wurden. Der Staat garantierte und erfüllte die Sozialansprüche im Vorgriff auf Wachstum und erwartete höhere Erträge aus künftiger Wirtschaftsentwicklung.

Man beachte: sogar die individuelle, private Daseinsfürsorge und die Existenzsicherung sind zentralisiert, weil es offensichtlich in unserem System nicht mehr möglich ist, sie dem Einzelnen zu überlassen. Wir züchten überall Wellensittiche, die, für das eigentliche Leben untüchtig, nur noch aus der Hand fressen, um die ohne diese hilfreiche Hand des Staates, der Gewerkschaften, der Wirtschaft nicht mehr leben können. Fällt er Ihnen auf, der Verstoß gegen die Dezentralisation?

Das ganze Gebäude muß zusammenbrechen, wenn

die dargestellten Fehlkonstruktionen nicht grundsätzlich erkannt und behoben werden. Die wirkliche, zukunftsweisende Aufgabe des Staates in Richtung auf eine tatsächliche freie und dann auch soziale Marktwirtschaft besteht in der Neuordnung der Basis ohne Machtinstrumente. Es bedarf einer Änderung im Geiste *PROUDHONS*,

„Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit“.

Bei wichtigen Sätzen wiederhole ich mich gerne!

3.4 Abschied von der Raubbaugesellschaft

Ob wir dann der Wohlstandsgesellschaft ade sagen müssen, wage ich zu bezweifeln. Wohl scheint mir der Abschied sicher aus der renditegetriebenen Konsum-, Wegwerf- und Raubbaugesellschaft die sich immer schneller zur Selbstmördergesellschaft entwickelt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den sehr beunruhigenden Umweltbericht für den Präsidenten der USA, „GLOBAL 2000“, der soeben erschienen ist. Wir befinden uns damit auf der ökologischen Ebene, im Bereich der Naturgesetze und der Naturrechte alles Lebendigen. Auf seine Kosten erzwang bisher das Rentabilitätsgesetz die Gewinnmaximierung. In der Geschichtsphilosophie von *KANT* finden wir schon den Gedanken, die Geschichte beginne mit dem Sündenfall des Bruchs mit der Natur. Heute gibt es keine langfristige Schädigung des ökologischen Systems, die nicht aus kurzsichtigen Wirtschafts-, Macht- und Herrschaftsinteressen vorangetrieben und sogar gerechtfertigt würde.

3.5 Ordnung der Basis

Mein großer Vorwurf an jeden von uns und an die etablierten Machtblöcke besteht darin, daß wir in allen Lebensbereichen die Idee der Dezentralisation und des Wettbewerbs auf geordneter Gesellschaftsbasis geopfert haben. Wir haben die Herausforderung nicht begriffen oder nicht begreifen wollen, die uns der Frühliberalismus bis heute hinterließ, nämlich die Basis zu ordnen. So mußten Konzentration und Monopolisierung in allen Lebensbereichen die Folgen sein.

Dezentralisation und Wettbewerb! Halten Sie sich bei der Frage der Rückbesinnung diese beiden Pole vor Augen und erinnern wir uns, daß der Mensch es auf Grund seiner Fähigkeiten allein nie zur heutigen Perversion unseres Systems auf allen Ebenen gebracht hätte, wären die Spielregeln für die Machtinstrumente demokratischer und besser abgesichert gewesen.

Noch ist es nicht zu spät, noch können wir den Anfängen wehren, noch können wir die Forderung

des *ARISTOTELES* wieder zur eigenen machen:
Alle Wirtschaft hat Maß und Ziel! Es wird dabei
das Recht keines Menschen unzumutbar ge-
schmälert, aber jedem das „ius ad esse et ad be-
ne esse“ gesichert, was nach *THOMAS VON*
AQUIN soviel heißt wie das Recht des Menschen zu
leben und zwar in menschenwürdigem Zustand!

-
- 1) Manuskript: Spielräume von Politik und Wirtschaft für eine
bessere Nutzung der Energie.
 - 2) Manuskriptrechte bei: Aktion Gesundheit und Umwelt, Pforz-
heim, Friedenstraße.
 - 3) P. R. Hofstätter: Einf. i. d. Sozialpsychologie, 1959

- 4) Hanns Martin Schleyer u. a.: Wirtschaftliche Mitbestimmung
und freiheitliche Gesellschaft, AK Mitbestimmung in der BDA,
2. Aufl. 1966 S. 24
 - 5) K. Richebächer: Währungen und Kreditmärkte Nr. 95 IX/80
S. 3
 - 6) K. Richebächer, a. a. O. S. 6f
 - 7) O. Spengler: Der Untergang des Abendlandes
 - 8) vgl. H. Kühn: Fünftausend Jahre Kapitalismus, 1978
Gaucke-Verlag, Hann.-Münden
 - 9) Energiestudie BdSt, Manuskript S. 44
 - 10) Walter Thoms: Die Zukunft der Unternehmung, 1975
 - 11) Energiestudie BdSt, Manuskript S. 36
Bei Verbrauch von 500 kW sind 14 Pf/kW zu zahlen, bei Einspa-
rung von 9/100 für den Restverbrauch das Dreifache!
 - 12) Energiestudie BdSt. S. 118
-

Silvio Gesell – der verkannte Prophet DM 8,—

Inhalt:

Prof. Dr. Felix G. Binn
„**Silvio Gesell und die Gegenwart**“

Silvio Gesell
„**Die Insel Barataria**“

Prof. Joachim Starbatty
„**Eine kritische Würdigung der utopischen Insel Barataria**“

F. W. v. Schelling
„**Die Rolle der Notenbank im Staatsgefüge**“

Joh. F. O. Schumann
„**Karl Marx und die Folgen**“

Herausgegeben von der

„**Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit**“
– Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts – Hamburg
2000 Hamburg 73, Redderblock 58, Telefon (040) 6 78 39 24

Ökonomie für Ökologen

Wiedergabe eines Vortrags, den der 1. Vorsitzende der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Prof. Dr. F. G. BINN, vor der Aktion Gesundheit und Umwelt „Pforzheimer Kreis“ im Februar 1979 gehalten hat.

Übersicht

- 1 Wir arbeiten, um zu leben
- 2 „Ich will gewinnen!“
- 2.1 Der Mensch als Mittel für Produktion und Verbrauch
- 2.2 Das „Versorgungsstreben des Kapitals“
- 3 Der Konsument als „nützlicher Idiot“ im System
- 3.1 Informationsmangel
- 3.2 „Konsumterror“
- 4 Das System wechseln?
- 5 Ausblick: Voraussetzungen eines „neuen Weltbewußtseins“

1 Wir arbeiten, um zu leben

Der heutige Erkenntnisstand für viele umweltbesorgte Bürger gleicht etwa dem Weltbild des *PTOLEMAÜS*:

Danach leben wir auf einer Scheibe. Sie ist das Zentrum des gesamten Geschehens; sie droht zu kippen durch Wegkratzen der Bodenschätze auf der einen Seite und durch Auftürmen des Unrats auf der anderen. Sie zerspringt durch technische Experimente und wird durch einen gestörten Gashaushalt sogar auf den Trümmerstücken unbewohnbar.

Eine solche beschreibend-futuristische Betrachtung dürfte kaum zu einer Änderung der Zustände führen.

Ich schlage daher vor, die Scheibe um eine Dimension zu erweitern. Wir sehen dann einen auf dem Kopf stehenden Kegel vor uns. Mein Bestreben ist es, Zusammenhänge in seinem Zentrum oder sogar im Fuße des Kegels aufzuzeigen, die das hervorrufen, was sich auf der Oberfläche an Problemen zeigt.

2 „Ich will gewinnen!“

Daraus ergibt sich das Thema. Ich möchte Sie einladen, eine ganz einfache wirtschaftsphilosophische Frage mit mir zu erörtern, nämlich den

Zusammenhang zwischen menschlichem Leben und menschlicher Arbeit. Ich stelle zunächst einmal die These auf:

Wir arbeiten, um zu leben.

In diesem Zusammenhang gibt es die Mittel und den Zweck unseres Tuns. Der Zweck des Wirtschaftens dürfte wohl vordergründig darin bestehen, immer mehr Menschen kurzfristig einen besseren Lebensstandard zu ermöglichen.

Die Mittel dazu finden wir in unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, in der menschlichen Arbeit, mag diese nun unselbständig oder unabhängig sein. Der Ort des Wirtschaftens ist die Unternehmung. Eine Reihe von Praktikern und Wissenschaftlern hat sich zu dieser traditionellen Betrachtungsweise des Wirtschaftens bekannt.

Henry *FORD* schrieb 1932 in „Mein Leben und Werk“¹⁾:

„Unsere Industriewirtschaft, unsere Unternehmungen haben nicht den Zweck, uns industriellen große Gewinne einzutragen, sondern der Allgemeinheit zu dienen.“

Im nächsten Punkt seiner Grundsätze formuliert er:

„Der ... kaufmännische Grundsatz, möglichst billig einzukaufen und möglichst teuer zu verkaufen, ist falsch. Wir müssen preiswert kaufen, also für Rohstoffe den gerechten Preis bezahlen und möglichst wohlfeil verkaufen, also unsere Preisforderungen so niedrig wie möglich stellen, ... wie die Wirtschaftsbedingungen es erlauben, und wie wir durch sparsames Wirtschaften ermöglichen können.“

Nun aber kommt ein entscheidender Satz:

„Daher ist die Vermeidung jeder Verschwendung bei der Erzeugung erforderlich.“

Im letzten, sechsten Punkt schreibt *FORD*:

„Aktionäre dürfen meiner Ansicht nach nur Leute sein, die selbst im Geschäft tätig sind und das Unternehmen als ein Instrument der Dienstleistung und nicht als eine Geldheckschneidemaschine betrachten.“

Wissenschaftler drücken sich in solchen Fällen vorsichtiger aus. *VON STACKELBERG* schreibt:

„Wirtschaften ist die Bereitstellung relativ knapper Mittel zur Bedürfnisbefriedigung.“

Also auch hier der Zusammenhang:

Wir arbeiten, damit wir leben können.

FORD drückt es als Praktiker viel direkter aus:

„Wir sind verpflichtet, den Bedarf zu befriedigen, den allgemeinen Wohlstand zu heben. Ein gut geführtes Unternehmen muß darauf bedacht sein, bedarfsgemäß zu wachsen, somit zu einem hierfür ausreichenden Ertrag zu kommen durch Ausweitung des Unternehmens, Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten und des Absatzes. Wir steigern das Volkseinkommen und ermäßigen die Warenpreise.“

Hier merkt man den sozialen Bezug, der im Wirtschaften liegt und den man gar nicht deutlich genug betonen kann.

Lionel ROBBINS schreibt:

„Die theoretische Volkswirtschaftslehre ist eine soziale Wissenschaft. Das heißt, sie handelt von dem Verhalten der Menschen in organisierten Gemeinschaften.“

Sinngemäß äußert sich auch **SCHMALENBACH**, der den Unternehmer mit dem königlichen Kaufmann des Mittelalters vergleicht, der Bedürfnisse befriedigt und dabei sozusagen als Quittung für seine Leistung an die Gesellschaft Geld und Gewinn erhält.

Nachdem wir also diese altväterliche These abgehandelt haben — Der Mensch arbeitet, um zu leben —, könnten wir diese These etwas wirklichkeitsnäher formulieren.

Der Mensch arbeitet nicht nur, um zu leben, sondern auch, um in demokratischen Denkkategorien nach dem Leistungsprinzip und dem Grundsatz der Verursachung die Früchte seiner Arbeit auf dem Boden der Start- und Chancengleichheit erten zu können. Der erfolgreich wirtschaftende Mensch zieht jedoch unausweichlich den Schatten der Macht hinter sich her oder jagt ihm nach. Die Machtfrage stellt sich somit im ökonomischen Raum fortwährend. Dies um so mehr, als es das Verdienst des 18. und 19. Jahrhundert genannt werden muß, die politische Macht weitgehend gebändigt zu haben.

Hunger, Liebe und Selbsterhaltung sind die Urtriebe des Lebens. Die pervertierte Selbsterhaltung ist die Mutter des Machtstrebens, denn Selbsterhaltung bedeutet: Ich fasse alle meine Kräfte zusammen, um am Leben zu bleiben.

Fällt dieser Grund der Lebensbedrohung aber weg und fasse ich dennoch alle Kräfte zusammen, um den Mitmenschen zu unterdrücken, ihm meinen Willen aufzuzwingen, dann ist aus dem pervertierten Selbsterhalten die Macht entstanden.

Die Zähmung der Macht auf politischem Gebiet hat eine verstärkte Aktivität auf wirtschaftlichem

Sektor zur Folge gehabt. Sehr häufig finden wir die Verknüpfung ökonomischer Macht mit Restbeständen oder mißbrauchter politischer Macht (Chile, ITT).

Die traditionelle Sicht, daß die Wirtschaft das Mittel sein solle, das umfassende menschliche Dasein zu sichern, wird durch den Machtfaktor in Frage gestellt.

Es wird die Äußerung des **ARISTOTELES** in Frage gestellt:

„Alle Wirtschaft hat Maß und Ziel“.

Es wird in Frage gestellt das Recht des Menschen nach **THOMAS VON AQUIN**¹⁶⁾

„ius ad esse et ad bene esse“,

was soviel heißt wie das Menschenrecht zu leben, und zwar in einem menschenwürdigen Zustand zu leben. Das sind Zusammenhänge, die wir langsam aus dem Auge verlieren.

Früh schon bemerken wir Versuche, den gesellschaftlich-planwirtschaftlichen Bereich der mittelalterlichen Wirtschaftsverfassung zu durchbrechen. Jakob **FUGGER** sagte unumwunden: Ich will gewinnen. Hinter diesem Willen steckt das Streben nach Einfluß, nach Macht. Wirtschaften hat nunmehr eine andere Aufgabe bekommen. Wir finden sie sehr deutlich ausgedrückt bei **GUTENBERG**, einem Exponenten der herrschenden Lehre in der Wirtschaftswissenschaft. Er spricht von der eingetretenen „Umkehrung der Zweck-Mittel-Relation“²⁾, was nichts anderes heißt als

wir leben, um zu arbeiten;
wir arbeiten, um Unternehmen in Gang zu halten.

Diese Unternehmen nennt **GÜTENBERG** „Kapitalverwertungsanstalten“.

Ich möchte einen Schritt weiter gehen und sie Kapitalvermehrungsanstalten nennen. Es sind Geldheckschneidemaschinen, von denen **FORD** sprach, zum Vorteil und Segen des „funktionslosen Investors“, wie **KEYNES** ihn nennt.

„Die Entwicklung der Massenproduktion zu Anfang des 20. Jahrhunderts änderte das Leben der Arbeiter in erheblichem Maße ...

Das Ergebnis für die Arbeiter war die Monotonie, fehlender Stolz auf handwerkliche Leistung und Langeweile. Die wirtschaftliche Macht des einzelnen nahm ständig ab, und ... die der Gesellschaften, die ihre Arbeitgeber waren, nahm ständig zu“³⁾.

Wo bleibt die Koppelung in großem Umfang von Aktionär und Arbeiter, wie **FORD** sie wünschte?

2.1 Der Mensch als Mittel für Produktion und Verbrauch

Ich wiederhole:

Nach moderner Auffassung leben wir, um zu arbeiten, um Kapitalvermehrungsanstalten in Gang zu halten. Im Interesse von deren Eigentümern wird der Mensch zum Mittel herabgewürdigt.

Er ist

1. das Mittel für die Produktion
2. das nicht minder wichtige Mittel für den Verbrauch.

Über beides besteht die Möglichkeit, den Gewinn zu erreichen, die Kapitalverzinsung zu gewährleisten und über Wachstum beides zu steigern. Somit haben wir den Zweck heutigen Wirtschaftens. Wirtschaften im Kapitalinteresse könnten wir ihn nennen. Unsere Arbeit, unsere Wünsche, unser Verbrauch werden zum Mittel. W. SOM-BART⁴⁾ sieht „die Triebkraft unseres Systems im Versorgungsstreben des Kapitals“. Fragen wir uns dumm, was das sei, würde MARX antworten: „Das personifizierte Kapital ist der Kapitaleigner“.

„Er tritt dem Unternehmer als objektiv zwingende Gewalt gegenüber und zwingt sein Verhalten in ganz bestimmte Bahnen“⁵⁾.

Das also meinen GUTENBERG, SOMBART und MARX mit der Zweck-Mittel-Relation.

Ich glaube, es ist an der Zeit, KAPITAL zu definieren, sonst sprechen wir wie der Blinde von der Farbe. Man kann darunter verstehen „zins-tragendes Eigentum“ (GESELL, KEYNES), also nicht das Eigentum schlechthin, sondern nur das, was etwas abwirft. Man kann darunter verstehen „mehrwertheckenden Wert“ (MARX) oder sich der Definition der heutigen Betriebswirtschaftslehre bedienen: Kapital ist werbendes Vermögen. Wie erkennbar, widersprechen sich die Inhalte nicht.

Nun wäre zu untersuchen, ob dieses Hilfsmittel Kapital Mechanismen in sich birgt, die mit dem menschlichen Machtstreben harmonisieren und zu einem gemeinsamen Ziel führen. Die schlichte Fragestellung lautet also: Wie der Herr, so's G'scherr?

Wir wissen, der Mensch konsumiert Güter und Dienste. Nehmen wir an, es werde immer dasselbe Gut gegessen oder getrunken, so tritt die Sättigung ein und später der Widerwille. In der Volkswirtschaftslehre ist dieser Zusammenhang als 1. Gossensches Gesetz bekannt.

Die gemachte Aussage wird auf alles bezogen, was uns umgibt. Der Genuß ein und desselben Gutes nimmt mit steigender Menge immer mehr

ab, ohne Ausnahme! Verzeihung: mit einer Ausnahme. Die Macht unterliegt dem Gesetz der abnehmenden Reize nicht. Ein sich hier andeutendes „Gesetz der zunehmenden Reize“ wäre aber in der Volkswirtschaftslehre etwas vollkommen Neues. Dennoch kann man sagen, Macht wächst tendenziell im Menschen aus sich heraus; der Wunsch nach Wachstum in diesem Zusammenhang ist unendlich groß.

Nun betrachten wir uns dieses soeben definierte Instrument „Kapital“: es paßt zum tendenziell machtlüsternen Menschen! Werbendes Vermögen kann wachsen, teils aus den Kapitalvermehrungsanstalten, teils aus dem Bereich des Leihens und Borgens, also über Zins und Zinseszins. Der Gewinn setzt immerhin noch unternehmerisches Risiko und Leistung voraus, der Zins ist nur noch ein vordemokratisches Einkommensprivileg und ein Geschöpf unserer Vorurteile und unserer Rechtsordnung, ein glatter Hohn auf das Leistungs- und Verursacherprinzip.

Zur Verdeutlichung sei das bekannte Beispiel angeführt von demjenigen, der zur Zeit Christi Geburt einen Denar auf die Bank bringt zu 5% Zins und Zinseszins. Die aufgelaufenen Guthaben werden für 5 Mark in Gold umgewandelt. Um 1200 beläuft sich der Anspruch auf eine Erdkugel aus Gold – ohne eine Hand gerührt zu haben. Sie können dieses Beispiel fortführen:

Es dauert bis ca. 1600, dann ist der Anspruch auf ein Milchstraßensystem von Gold gewachsen – wiederum, ohne eine Hand gerührt zu haben, ohne das Sozialprodukt vergrößert, der Gemeinschaft genutzt zu haben.

Nun schafft ja bekanntermaßen die menschliche Arbeit die uns umgebenden wirtschaftlichen Güter. Beginnt ein Arbeiter zu Christi Geburt mit täglich 8 Stunden Arbeit zu 5 Mark je Stunde, spart alles, ohne Zinsbelohnung, dann hat er um 1200 auch einen Anspruch auf eine Goldkugel – in der Größe eines Volkswagens!

Daran mag man erkennen, welche eine siebtheckende Kraft von Einkommen diesem System inne- wohnt, welches wir *Kapitalismus* nennen und in dem wir leben. Es ist unfruchtbar und parasitär. Beides, die Kapitalvermehrungsmaschine und das Zins-Kredit-System trägt dazu bei, daß sich für Kapitalwachstum keine Schranke auftut, zumindest gedanklich nicht.

Wer jetzt fragt, warum wir nie einen Anspruch auf einen Goldglobus erleben, dem muß man antworten, daß wir rechtzeitig immer wieder eine Krise, einen Streik, eine Währungsreform, einen Krieg, einen politischen Umsturz erleben, was im Grunde diese Dinge verschleiert und uns immer wieder von vorne anfangen läßt, einschließlich

der Arbeit und der vorenthaltenen Früchte unserer Arbeit.

Wir haben bislang festgestellt,

- das der Mensch von Natur machthungrig ist, wenn sich die Gelegenheit bietet,
- daß die Gefahr im politischen Bereich erkannt und teilweise gebändigt wurde,
- daß die Machtkontrolle im ökonomischen Bereich die Aufgabe des 20. Jahrhundert darstellt – und ich vermute, auch noch des 21.,
- daß das Instrument Kapital, dessen sich der Mensch bedienen kann, Mechanismen erlaubt, die dem menschlichen Machtstreben aufs Haar entsprechen,
- daß beides zum Unendlichen drängt,
- daß unendliches Wachsen aber nicht natürlich, nicht harmonisch, ja, naturwidrig ist. Wir kennen eigentlich nur einen Fall, in dem sich das Wachsen ähnlich vollzieht: bei Krebs!

2.2 Das „Versorgungstreben des Kapitals“

Dieses so wachsende Vermögen sucht natürlich nach Anlagemöglichkeiten, was zu größerer Produktion und verstärktem Verbrauch führt.

So ist heute nicht mehr allein der private Konsum „Ende und Absicht jeder Produktion“ (SMITH). Der wachsende Staatsverbrauch über Verwaltung und Militär hat ihn längst überflügelt^{*)}. So stehen diese drei Nachfrager weitgehend im Dienst eines Systems nach GUTENBERGs Interpretation.

Ähnliche Wirkungen werden erreicht, wenn man Erschaffenes „aus dem Markt nimmt“, „valorisiert“, schlicht auf Kosten der Gemeinschaft vernichtet. Krisen und Kriege sind die gebräuchlichsten Möglichkeiten. Induzierte, d. h. geplante Knappheit z. B. an „Ernteüberschüssen“ erleben wir innerhalb der Europäischen Landwirtschafts-„ordnung“ fast jedes Jahr, damit „die Preise stimmen“^{**)}.

Eine weitere Möglichkeit, dieses Kapital zu bedienen, liegt in der Kostensenkung. So können wir uns leicht vorstellen, daß jede Umweltschutzforderung eine Kostensteigerung für das Unternehmen darstellt, mithin einen Vorrang der Gemeinschaftsanliegen fordert gegenüber Rendite- und Gewinninteressen. Die Tatsache, ob „dem Unternehmen in ausreichendem Maße Kapital zur Verfügung steht, . . . zwingt die Unternehmen zu

einer Wahrnehmung der Kapitalinteressen, insbesondere zur angemessenen Kapitalverzinsung!“¹⁵⁾.

Die Kurzfassung heißt demnach: Umweltschutz = Kostensteigerung = Renditeminderung = Kapitalstreik als „objektiv zwingende Gewalt gegenüber dem Unternehmer“ (THOMS). Umweltschutz läßt sich in einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft marktwirtschaftlich nicht durchsetzen, weil er system-kontradiktorisch ist.

Will man ihn trotzdem, so müssen planwirtschaftliche Instrumente und leistungsfremde Subventionsmechanismen eingesetzt werden, d. h., Kapital, welches im Sinne des Umweltschutzes eingesetzt ist, bzw. wird, muß über den Steuertopf bedient werden.

Eine wahrhaft glänzende Lösung! Zunächst geht eine ökologisch bedenkliche Produktion vom Band, die ein „nützlicher Idiot“ (LENIN) als Erfüllungsgehilfe des Kapitals konsumiert. Die Beseitigung des Unrats wird dann nochmals über den Fiskus als Erfüllungsgehilfen vergoldet.

Daß jedes Mehr an Produktion einen stärkeren Zugriff auf die Schätze dieser Erde bedeutet, brauche ich hier nicht besonders auszuführen.

Ich stelle fest: Das Wachstum der Güterproduktion zu Lasten der Umwelt und zum scheinbaren Konsumentenfortschritt wird inszeniert für das Wachstum des Kapitals. Dieses ist nur ein Hilfsmittel für das Wachstum an Macht! Dann endlich hat der Bürger genau den Herrn, den er zu verdienen scheint.

So kommen wir zu dieser tragischen Figur des uniformierten, des manipulierten, des terrorisierten Konsumenten, der letztlich nur noch mit sich geschehen läßt, der also nicht mündiger Konsument ist.

3 Der Konsument als „nützlicher Idiot“ im System

Anhand einiger ausgewählter Beispiele möchte ich den Begriff „uniformiert“ erläutern. Wer das kleine 1 x 1 der Volkswirtschaftslehre nicht beherrscht, wird kaum komplizierte Gleichungen lösen können. Allein der Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus ist noch durch Vorurteile und klassenkämpferische Parolen vernebelt. Ein Teil der Bürger meint, wir hätten wegen des Kapitalismus keine Marktwirtschaft, ein anderer Teil meint, wir hätten wegen der Marktwirtschaft keinen Kapitalismus mehr, und der weitaus größte Teil der Bürger meint, Marktwirtschaft und Kapitalismus sei dasselbe. Auf die Gefahr hin, terrible simplificateur titulierte

*) Anteil des Staates am Sozialprodukt 1978 530 Mrd. DM ca. 47 % Staatsquote.

**) W. SOMBART: Die Triebkraft unseres Systems ist das Versorgungstreben des Kapitals!

zu werden, möchte ich den Zusammenhang erläutern:

Volkswirtschaftlich gilt:

- Marktwirtschaft ist der Apfel
- Kapitalismus ist die faule Stelle darin.

Betriebswirtschaftlich gilt – und dabei kann ich gleichzeitig den arbeitenden Menschen und den Vertreter der „müßigen Klasse“ (*VEBLEN*) unterbringen –:

Der Bauer stellt den Harzkäse her und läßt ihn reifen. Die Made im Käse reift gleichzeitig mit. Nach ihrer Entdeckung erklärt sie dem verdutzten Bauern, sie sei wesentlicher Bestandteil des Systems, sie habe schon immer bestanden, sei im Käseproduktionsprozeß nicht wegzudenken und im übrigen völlig harmlos.

Den drohenden Hinweis des Bauern auf die Löcher im Käse beantwortet sie listig mit der Erklärung, diese entstünden durch die Kohlensäure-Entwicklung aus dem Zucker der eingeschlossenen Molke.

Bis heute steht die Antwort des verblüfften Bauern noch aus: „Aber nicht alle!“

Man erkennt an diesen Beispielen vielleicht den für eine Demokratie, Leistungsgesellschaft und Marktwirtschaft gleich wichtigen, aber hier fehlenden Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung, ferner das Fehlen des Verursacherprinzips.

„Nur so viel sei gesagt: Marktwirtschaft ist nicht identisch mit Kapitalismus-Wirtschaft, denn es gibt auch den Typ der sozialistischen Marktwirtschaft“⁴⁾.

Hin und wieder kann der Verbraucher auch umweltfreundliche Produkte erstehen. Es wäre verfehlt, anzunehmen, alle Unternehmen gingen nach dem von *GUTENBERG* beschriebenen Grundsatz vor. Sie gehen mit abnehmender Größe nach der traditionellen Methode vor. So entwickeln bei 5–10 Mill. DM Umsatz kaum 50% der Unternehmungen ein Unternehmenskonzept. Mehr als zwei Drittel der noch kleineren Unternehmungen planen überhaupt keine Unternehmensziele. Anders sieht es bei den Großunternehmen aus: Über 90% derer, die Umsätze über 50 Mill. DM verzeichnen, haben ein langfristiges Unternehmenskonzept⁵⁾.

3.1 Informationsmangel

Leider gehen jedoch Desinformation und Desinteresse Hand in Hand bei den meisten Verbrauchern. Kaum ein Landwirt, kaum eine Hausfrau kommen auf den Gedanken, die Eutrophie-

runge unserer Gewässer (widernatürliche Anreicherung mit Nährstoffen) könne mit dem übermäßigen Gebrauch von phosphathaltigen Waschmitteln und der Abschwemmung landwirtschaftlichen Düngers zusammenhängen.

Umweltfreundliche Waschmittel*) sind oft etwas teurer und werden deswegen nicht gekauft.

Von der Landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft weiß ich, daß Schadstoffe von den Landwirten nach dem Motto mehr = besser zu passenden und unpassenden Zeiten verwendet werden.

Das nenne ich „uninformiert“, wenn in unserem Schulsystem wochenlang über die Wellennatur des Lichtes geredet wird, für physikalisch-chemische Zusammenhänge im Öko-System aber kaum eine Stunde verwendet wird.

Insofern kann ich nur lachen, wenn ich den idealen Verbraucher, den die Marktwirtschaft brauchte, vergleiche mit dem, was wir an Verbrauchsgewohnheiten und Informationen in der Wirklichkeit antreffen.

„Aber welcher Unterschied besteht zwischen dieser heutigen Situation und der des „idealen Marktsystems“? Ein großer Unterschied ist die Tatsache, daß die großen Unternehmen zur Zeit nicht einfach Verbraucherwünsche befriedigen. Sie selbst erzeugen eine Nachfrage, indem sie sich sehr anstrengen, das Interesse der Bevölkerung zu wecken und diese zu veranlassen, die von ihnen hergestellten Produkte zu kaufen ... Deshalb wird der Verbraucher ... bis zu einem gewissen Grad von den Herstellern manipuliert“⁶⁾.

Damit sind wir beim manipulierten Verbraucher angelangt. Er kommt in diesen Zustand, weil er den falschen Leitbildern nichts Eigenes an Erlerntem oder aus sich heraus entgegensetzen kann. Vereinsamung und Herdentrieb – in unserer pluralistischen Massengesellschaft wunderbar und renditeträchtig kombiniert – lassen ihn zum idealen Opfer werden. Was an zwischenmenschlichen Beziehungen in der Industriegesellschaft verarmt, kann durch Besitz kompensiert werden. Die für den Menschen wichtigen, qualitativen, nicht-käuflichen Werte verschwinden und werden durch quantitative käufliche ersetzt.

So „ergibt sich die Gefahr, daß das Marketing (Absatzförderung) in einem Milieu echten Überflusses ein Instrument wird, das den Menschen zwar von materiellen Mängeln befreit, ihn aber allen möglichen Dingen gegenüber versklavt, deren Existenzberechtigung im Laufe der Zeit immer mehr abnimmt“⁷⁾.

*) In der BRD LAVEXAN, in den Niederlanden KLOK

Es ist weitgehend der Haben-Mensch, an dem sich unsere Gesellschaft orientiert. Wenig bedeutsam ist – um mit *FROMM*¹⁰⁾ zu sprechen – der Sein-Mensch, der aus sich heraus, aus der entwickelten Persönlichkeit seine eigenen Maßstäbe und Werte setzt. Der Volksmund formuliert präzise: Hast du was, bist du was! Durch Haben zum Sein?

3.2 „Konsumterror“

Nun kommen wir zum dritten, dem terrorisierten Konsumenten. Ein Beispiel mag deutlich für viele weniger deutliche stehen. Es geht einher mit den früheren Ausführungen über den Zweck menschlicher Arbeit.

Wir arbeiten, um die Kapitalvermehrungsmaschinen zu bedienen und ihre Produkte zu konsumieren. Ich erinnere an die mit ungeheuren Investitionen aufgebaute Atomindustrie, die von der Hoffnung bzw. Gewißheit lebte, der unorientierte Konsument werde schon gedankenlos den Strom aus der Steckdose beziehen.

Parallel zu den Investitionen wuchs bei den Bürgern der mehr oder minder organisierte Widerstand aus allen Ecken. Dies führte auf Seiten der Investoren zu Befürchtungen um den Absatz der Produkte und die Kapitalrentabilität. So beschloß man, eine weitere Milliarde DM zuzuschließen.

„Sie selbst erzeugen Nachfrage, indem sie sich sehr anstrengen, das Interesse der Bevölkerung zu wecken und diese zu veranlassen, die von ihnen hergestellten Produkte zu kaufen“ (*PHILIPS*, aaO).

Man warf mit der Wurst nach der Speckseite, als man weitere Mittel für die Umerziehung des Verbrauchers ausgab, damit über Werbung, Gutachten und Panikmache die Rendite nicht gefährdet werde. Ich bin fast sicher, daß trotz der grünen Konsumverweigerung nach Ablauf der Meinungsbildung neun Zehntel der Bevölkerung den Strom aus der Steckdose beziehen werden, an deren anderem Ende der Atomreaktor steht. Tritt dieser Fall ein, kann sich das letzte Zehntel mit Recht terrorisiert fühlen, denn es sind nicht alle Sicherheitsbedenken beseitigt, nicht alle Folgeschäden ausgeschlossen und nicht alle Alternativ-Energien rechtzeitig und in großem Maßstab erschlossen worden.

Ein weiterer Bereich, in dem ich mich persönlich schon heute terrorisiert fühle, ist der Einfluß der Coca-Cola- und Zigaretten-Subkultur auf unsere Jugend. Das Generationenproblem ist 1. schon immer vorhanden gewesen, 2. ein Ergebnis des Krieges, aber 3. noch niemals in der Geschichte so gründlich ökonomisch geschaffen worden¹¹⁾.

Ich bin weit davon entfernt, nach Methode unserer Systemkritiker und Berufsrevolutionäre zu behaupten, daß der terrorisierte Konsument bei uns das Übliche sei. Wir sollten ihm auch nicht so ungeheuer viel Bedeutung beimessen, daß wir die Vielzahl der positiven Dinge, die uns umgeben, nicht berücksichtigen. Aber die negativen Aspekte existieren auch. Wenn ich von Berufskollegen höre: So etwas spielt ja kaum eine Rolle, dann wiederum kann ich dem nicht folgen.

4 Das System wechseln?

Im erläuterten Zusammenhang haben wir nach meiner Ansicht tatsächlich in diesem Wirtschaftssystem einen uninformierten, ungebildeten, manipulierten und terrorisierten Verbraucher, obwohl die Theorie den Konsumenten an die erste Stelle setzt. Praktisch kann er sie nicht ausfüllen. Aus diesen Gründen aber das System zu wechseln, kann nicht im Ernst erwogen werden. Wir brauchen wegen der wurmstichigen Stelle nicht den ganzen Apfel wegzwerfen.

Gehen wir von der *GUTENBERG*schen These aus, können wir bislang feststellen:

Wir arbeiten, um zu produzieren,
wir produzieren, um zu verbrauchen,
wir verbrauchen ständig mehr im Interesse
des Kapital- und Machtwachstums.

Kaum etwas ist ohne Umweltbelastung denkbar. Egoismus, Selbstsucht und Habgier, schreibt *FROMM* – und ich möchte noch hinzufügen: der *Kapitalmechanismus* – sind „das Produkt gesellschaftlicher Bedingungen ... Das Verhältnis des Menschen zur Natur wurde zutiefst feindselig“¹¹⁾. Wir finden die Umweltbelastungen in drei Bereichen, nämlich

- im Bereich der Produktion
- im Bereich des Betreibens der jeweiligen Konsumprozesse
- und im Bereich der Abfallbeseitigung.

Im Produktionsbereich sehen wir traditionell und generell den Satz der Systemkritiker bestätigt:

Gewinne werden privatisiert, die Kosten werden sozialisiert.

Ein hartes Wort, und man kann ihm, besonders international, eine Berechtigung nicht aberkennen. Aber auch hier könnte das Erkennen der Zusammenhänge und die strikte Anwendung des Verursacherprinzips nachdrückliche Besserung herbeiführen.

Daher, ich wiederhole mich, braucht man auch nicht a priori unserem System Lebewohl zu sagen,

denn alle konkurrierenden Systeme, soweit sie real existieren, sind weitaus schlechter, als was wir heute erreicht haben.

Im Betriebs- und Konsumprozeß brauche ich nur an die Kraftfahrzeuge zu denken. Wir haben ja Hauptverkehrszeit mit kleinen Unterbrechungen, und zwar auf fast jeder Straße, in jeder Stadt und fast jedem Land. Erinnern wir uns doch einmal an den Gashaushalt der Natur, daß wir den Sauerstoff brauchen, den die Pflanzen erzeugen, wohingegen sie von unserem Kohlendioxyd leben. Wir haben mit jeder Maschine einen Sauerstoffverbrauchskonkurrenten, einen Störer des Gashaushaltes. Wir erleben, daß pro Jahr Waldgebiete in der Größe der BRD verschwinden, daß immer größere Ozeanflächen durch Öl für die Sauerstoffproduktion ausfallen. An dieser Stelle will ich an den „Spiegel“-Artikel über Chemie und Landwirtschaft erinnern, an den „Stern“-Beitrag über den Mißbrauch der Chemie im ganzen.

Was die Abfallbeseitigung betrifft, haben wir als wohl prekärstes Beispiel die des Atom-Mülls. Sicher reden Fachleute so oder anders, aber wie dem auch sein möge, in allen Fällen, in denen nicht absolut feststeht, daß handfeste Warnungen grundlos sind, bin ich gegen solche Technologie, zumal die Gewißheit besteht, daß es auch sauberere Möglichkeiten der Energiegewinnung gibt.

5 Ausblick: Voraussetzungen eines „neuen Weltbewußtseins“

Im Verlaufe der Ausführungen dürfte deutlich geworden sein, daß unsere Art zu wirtschaften — das heißt zu produzieren und zu konsumieren — in eine ökologische Zwangslage führt.

Ist dies das Ende der Kausalkette, so liegt deren Anfang in der ungezügelter Sucht des Menschen nach Mehr! Mehr an Machtmitteln, sprich Kapital, mehr an Einfluß. Dazu, als Mittel zum Zweck, bedarf es eines Mehr an Produktion und an Konsum. Unter dem Vorwand, so den Lebensstandard zu heben — und wer hätte dagegen schon etwas einzuwenden? — bedarf es eines Mehr an Umweltopfern im weitesten Sinne. Damit ist nicht gesagt, daß die Sucht nach mehr Einfluß auch mit mehr Konsum bei den Einflußreichen einhergeht. Es muß auch nicht ein sichtbarer Monopolkapitalist entstehen oder vorhanden sein, nein, es genügt, daß viele mittlere Möchtegerner nach diesem Zustand streben und ihm alles andere unterordnen. Es soll damit nicht die Existenz von Großkapitalisten verneint werden. Ferdinand LUNDBERG hat sie in seinem Buch „Die Reichen und die Superreichen“¹²⁾ detailliert beschrieben. Ich meine nur, man braucht sich über ihren Wirkungsgrad nicht zu streiten, wenn man die ökonomischen Auswirkungen ihres Strebens im einzelnen erkannt hat.

Eine bloße Wiederbelebung des klassischen Kapitalzinsverbotes der Kirche würde heute nicht mehr ausreichen, um die zerstörte Ordnung in der Gesellschaft wieder ins rechte Lot zu bringen. Die Kirche hatte die ganze Frage von Anfang an nicht folgerichtig zu Ende gedacht, da sie nur den Geldzins aus Darlehen, nicht aber den Bodenzins in Gestalt der Bodenrente erfaßte und verbot. Beide sind indessen die beiden Formen des Mißbrauches des Eigentums durch Kapitalisierung ihrer Gebrauchswerte und daher nicht voneinander zu trennen. Wohl hatte die klassische Doktrin den Alleinwert der menschlichen Arbeit als Wirkursache für die Entstehung der wirtschaftlichen Güter erkannt, ebenso wie sie dem Gleichwert beim Tausch als Forderung der justitia commutativa erhob und darin auch die reine Tauschmittelnatur des Geldes einschloß. In der heutigen auf Rentabilitätsprinzip und Bodenrente beruhenden kapitalistischen Geldverkehrswirtschaft würde eine bloße Erneuerung des alten kirchlichen Kapitalzinsverbotes allein jedoch im großen und ganzen wirkungslos bleiben, wenn mit ihm keine grundlegende Reform des Geld- und Währungswesens einherginge, die den Hortungscharakter des Geldes, der den Kapitalzins erzwingt, aufhebt und verhindert. Auch würde sich das Kapital im Falle einer bloßen Beseitigung des Geldzinses um so mehr auf die Bodenspekulation stürzen.

Johannes KLEINHAPPL †

(siehe hierzu unter PERSONALIEN)

Auf die Frage, was denn nun zu tun sei, kann ich im Rahmen dieses Themas nicht eingehen. Ich kann Ihnen wohl sagen, wofür ich nicht eintrete: Ich bin nicht dafür, Menschen in einem System verantwortlich zu machen, die sich legal verhalten. Ich bin dafür, daß man die Mechanismen abschafft, die ein solches illegitimes Tun legal ermöglichen. Aus der Tatsache, daß man mit Messern Menschen schneiden kann, folgt ja nicht notwendigerweise, daß Messer verboten werden müssen; man kann mit ihnen ja auch Zwiebeln schneiden. Auf den vertretbaren Gebrauch kommt es an, und diese Forderung schließt ein, daß Kapitalvermögen nicht abgeschafft, vergesellschaftet, beseitigt wird, sondern daß es seine Herrschaftsfunktion über die Menschen verliert, also anders als heute gestaltet wird. Wenn es seine Kapitaleigenschaft verliert, wird es nicht mehr ohne Bezug zur eigenen Leistung nach Mehr, nach Wachstum und auf Umweltopfer drängen.

Würde der Mensch ein solches Machtmittel überwinden, mögen die Anstrengungen um ein „neues Weltbewußtsein“ (MESAROVIC, PESTEL, FROMM) erfolgreich sein, vorher nie! Erst dann können wir daran denken, uns

„eins zu fühlen mit allem Lebendigen und daher das Ziel aufzugeben, die Natur zu erobern, zu unterwerfen, sie auszubeuten, zu vergewaltigen und zu zerstören, und statt des-

sen zu versuchen, sie zu verstehen und mit ihr zu kooperieren“¹³⁾.

Literatur

- 1) Henry FORD: Mein Leben und Werk, Leipzig 1932.
- 2) Erich GUTENBERG: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Bd. I, Die Produktion, 1. Auflage 1951, S. 344 ff.
- 3) PHILIPS Konferenzprogramm Marketing II, Teil 1, S. 52.
- 4) Werner SOMMART: Der politische Sozialismus, 2 Bände, 10. Auflage, 1924. Der moderne Kapitalismus, 3 Bände, 7. Auflage, 1928.
- 5) Walter THOMS: Die Zukunft der Unternehmung, Stuttgart 1975, S. 18.
- 6) ENGELHARDT: Motivationsaktivierung und -steuerung bei Managern unter dem Einfluß alternativer Eigentumsformen in marktwirtschaftlichen und marktsocialistischen Ordnungen, in „Information, Motivation und Entscheidungen“, Studien zum Vergleich von Wirtschaftssystemen, herausgegeben von Chr. WATRIN, Berlin 1973, S. 165, zitiert in THOMS aaO S. 18.
- 7) Handelsblatt v. 2. 1. 79, Nr. 1, S. 13 lt. Unters. der IHK Koblenz.
- 8) Phillips aaO S. 11.
- 9) Phillips aaO S. 17.
- 10) Erich FROMM: Haben oder Sein? Köln 1975.
- 11) H. D. ORTLIEB: Führungslos in die Playboy-Gesellschaft, vgl. S. 23 ff. Heft 4 der Walter-Raymond-Stiftung, Köln.
- 12) FROMM: aaO S. 17.
- 13) Ferdinand LUNDBERG: Die Reichen und die Superreichen, Köln 1976.
- 14) FROMM aaO S. 167.
- 15) H. M. Schleyer: Wirtschaftliche Mitbestimmung und Freiheitliche Gesellschaft; Arbeitskreis Mitbestimmung in der BDA, 2. Auflage 1966, S. 24.
- 16) Benedikt UHLEMAYER: Das Eigentumsrecht nach dem hl. THOMAS VON AQUIN, Verlag Glaube und Tat, Remscheid-Lüttrighausen, 1960, S. 4. Neu herausgegeben von Hugo KIERDORF.

Die Vierteljahreszeitschrift

Zeitschrift für Sozialökonomie

mensch — technik — gesellschaft — mtg

Herausgegeben von der „Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit“ in Zusammenarbeit mit der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ in Hamburg (2000 Hamburg 73, Redderblock 58).

Vertritt streng wissenschaftlich den „konsequenten Monetarismus“ und eine sozialgerechte Bodenordnung. Fordern Sie Probeheft.

Jahresbezug DM 18,—